

Er scheint täglich außer Montags.
Abonnements-Preis für Berlin:
Dortjährlich 3,50 Mk., monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
10 Pf. Sonntags-Nummer mit
Zutr. Sonntags-Besage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
1,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich:
Angora 2 Mk., für das übrige
Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln.
an der Post-Vertheilung-Preisliste
für 1892 unter Nr. 6662.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die
fünfspaltige Zeitzeile oder deren
Raum 40 Pfg., für Vereins- und
Veranstaltungs-Anzeigen 20 Pfg.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis 4 Uhr Nachmittags in
der Expedition abgeben werden.
Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn-
und Festtagen bis 9 Uhr Vor-
mittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur:
Juni VI, Nr. 4108.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Wustf.-Straße 2.

Dienstag, den 19. Januar 1892.

Expedition: Wustf.-Straße 3.

Das preussische Volkschul-Gesetz.

Der Entwurf eines Volkschul-Gesetzes, von dem wir nicht zweifeln, daß er mit unwesentlichen Aenderungen zum Gesetz erhoben werden wird, liegt dem preussischen Landtage vor, dieser wahren Volksvertretung, zu welcher kein Sozialdemokrat den Zutritt hat, da durch das Wahlsystem Sorge getragen ist, daß nur die der „Elite“ der Nation genehmen Elemente ihr angehören. Hier haben nur die „wahrhaft“ Gebildeten mitzureden. Mit ihrer Hilfe wird dem auch der Entwurf der Regierung Gesetz werden, und wir werden sehen, wie die Edelsten und Besten der Nation die Bildung und Erziehung des Volkes auffassen.

Betrachten wir nur einzelne Grundzüge des Gesetzes, die vollauf genügen, um das ganze Gesetz in richtiges Licht zu stellen.

Der § 1 stellt als Aufgabe der Volkschule in erster Linie hin die religiöse, sittliche und vaterländische Bildung der Jugend, und erst in zweiter die Unterweisung in den für das bürgerliche Leben notwendigen Kenntnissen und Fertigkeiten.

Die religiöse Bildung besteht, wie nicht anders zu erwarten, in der konfessionellen. Diese muß vor allem bei Bildung der Schulen berücksichtigt werden. Soweit nicht an einem Orte bereits eine anderweitige Schulverfassung besteht, was thatsächlich nur ausnahmsweise der Fall ist, sollen neue Volkschulen nur auf konfessioneller Grundlage eingerichtet werden. Mit den Ueberbleibseln anderer Schulen wird aber auch leicht aufgeräumt werden, da überall, wo 30 Schüler einer anderen vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaft angehören, eine besondere konfessionelle Schule errichtet werden kann, und ist jenes bei 60 Schülern der Fall, errichtet werden muß.

Kinder, welche nicht einer vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaft angehören, nehmen an dem Religionsunterricht theil, sofern sie nicht von Seiten des Regierungspräsidenten davon entbunden werden. Diese Befreiung muß erfolgen, wenn von der betreffenden Religionsgemeinschaft ein Antrag hierauf gestellt wird und der Nachweis eines Religionsunterrichts im Bekennniß der betreffenden Religionsgemeinschaft durch einen mit dem staatlichen Befähigungsnachweis versehenen Lehrer geführt wird. Es wird also im allgemeinen der religiöse Zwangsunterricht für Kinder freireligiöser und vor allem konfessionsloser Eltern festgesetzt.

Wie es mit der sittlichen und vaterländischen Bildung der Jugend in den konfessionellen Schulen aussehend wird, läßt sich aus der religiösen Bildung leicht folgern. Der eine Theil der Schüler bekommt den Luther'schen Katechismus in die Hände, der ihm gründliche Verachtung des katholischen „Antichrist“ und der „papistischen“ Lehren und Einrichtungen beibringt, der andere Theil der Schüler lernt umgekehrt die Luther'sche Kezerei verdammen und

verabscheuen. Und auf dieser Grundlage soll die sittliche und vaterländische Bildung aufgebaut werden!

Damit aber auch nicht durch die Praxis dieser Gegenseh gemindert werden kann, erhalten die Kirchen die Aufsicht über den Religionsunterricht in der Volkschule, und dieser Unterricht darf nur von Lehrern erteilt werden, welche von der Kirche approbirt sind. Die Gemeinden und die Gutsherren werden sich nun wohl hüten, Lehrer anzustellen, die sie in die Lage versetzen, noch einen besonderen Religionslehrer anzustellen; sie werden von vornherein darauf bedacht sein, nur solche Lehrer zu nehmen, bei denen sie der kirchlichen Genehmigung sicher sind. Es ist damit die Unterwerfung der Volkschule unter die Kirche, die thatsächlich schon vorhanden ist, auch formell von Rechts wegen ausgesprochen.

Es könnte nun merkwürdig erscheinen, daß an diesem Theil des Gesetzes, welches den konfessionellen Charakter der Volkschule ausdrückt, die Liberalen noch am wenigsten Anstoß nehmen. Uns kann das wenig wundern zu einer Zeit, wo „Ist hervorragende freisinnige politische Blätter ihren konfessionellen Charakter besonders betonen.“

Der Kampf gegen das Gesetz wird sich hauptsächlich um einen anderen Punkt, und zwar kulturkämpferischer Richtung, drehen, nämlich gegen die „Unterrichtsfreiheit“. Da nun das ganze Unterrichtsgesetz, soweit es die Ausbildung und Befähigung der Lehrer betrifft, auf konfessioneller Grundlage beruht, überdies die Errichtung von Privatschulen an und für sich kostspielig ist und dieses um so mehr wird, als dieselbe nicht von den Beiträgen zu den öffentlichen Schulen entbunden, so wird der Gedanke, in freien unabhängigen Schulen ein Hülf gegen die Volkschule zu finden, unausführbar, wenigstens in den unteren Volksklassen, die ein wirkliches Interesse an der Schule haben. Die liberale Bourgeoisie hat nur noch wenig Interesse für die Volkschule überhaupt, weiß sie doch ihre Kinder durch den Besuch der höheren Schulen der Volkschule zu entziehen. Die „Unterrichtsfreiheit“ läme fast ausschließlich der katholischen Kirche zu gute, und sie wird nicht Anstand nehmen, von ihr Gebrauch zu machen. Der Besitz der Schule giebt ihr nicht nur die Jugend in die Hand, sondern auch bedeutende Machtmittel gegen den Staat. Wo sie einmal eine Schule errichtet hat, wird sie die Beiträge für die öffentliche Schule als unehörte und unberechtigte Bedrückung darstellen.

An Neben gegen Rom wird es auch diesmal nicht fehlen. Der „protestantvereinliche“ Geist der Kulturkämpfer wird noch einmal seine schwülstigen Phrasenblättern treiben; auch mancher konservative orthodoxe Lutheraner wird in das Geschrei mit einstimmen, im allgemeinen aber werden die orthodoxen Protestanten zufrieden sein mit dem, was für ihre Herrschaft im Volkschul-Gesetz abfällt.

Was sich jetzt vollzieht, ist nur die Sanktionierung des *Dis-march'schen* Werkes und seiner liberalen Helfershelfer. Diese haben sich nicht zu beklagen, sie haben diese Entwicklung gefördert und ihr zu Liebe den gesammten bürgerlichen Liberalismus preisgegeben. Gefällt ihnen das Volks-

schul-Gesetz nicht, so frage man nur: Warum habt ihr nicht ein anderes geschaffen, als ihr zur Kulturkämpfers-Blüthezeit das Best in den Händen hattet?

Das Vorgesagte genügt zur Charakteristik des Gesetzes. Der bürokratische Aufbau in den einzelnen Theilen desselben vollzieht sich in den üblichen preussischen Formen der Gesetzgebung. Neben den allgemeinen Konfessionsständen des Gesetzes sei nur noch als spezielles Kuriosum erwähnt der § 58, welcher die Ordnung der Verhältnisse in den Grafschaften Bernigerode und Stolberg von diesem Gesetze ausnimmt und sie einer königlichen Verordnung überläßt. Sind nun die beiden Grafschaften zu gut für dieses Gesetz, oder ist das Gesetz zu gut für sie?

Das Volkschul-Gesetz hat wenigstens ein Gutes. Es räumt mit der Heuchelei des bürgerlichen Liberalismus gründlich auf.

Die Schule sieht offen als Werkzeug jeder Reaktion da. Sie prägt auch der Schule den Charakter des Konfessionalismus so deutlich auf, daß sie damit zu gleicher Zeit auch innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die Fahne desselben aufsteckt und zwar in zwiethräftiger sich gegenseitig beschender Gestalt.

Der Liberalismus mag an sich selbst verzweifeln; der Kapitalismus und die Bourgeoisgesellschaft mag in der Kirche ihren Bundesgenossen erblicken, der sie aber ebenso wenig wie der Militarismus und der Jäzarismus retten wird. Die Kirche, in beiderlei Gestalt, mag triumphiren, aber wohl nur zu eigenem Verderben. Das Volksbewußtsein ist zu lebendig geworden, als daß man die Massen in zwei sich bekämpfende Glaubensbekenntnisse spalten kann; der Kampf und die Rivalität zwischen beiden wird eher dazu führen, daß das Volk sich von beiden abwendet. Die Jugend der Schule wird mit in den Kampf gezogen werden; die gezwungen am Religionsunterricht Theilnehmenden werden ihre von den Eltern und ihrer Umgebung empfangenen „Irrelehren“ in die Schule tragen, und die Schüler der katholischen und der lutherischen Schule werden sich gegenseitig aus ihren entgegengesetzten Katechismen die Zweifel an den ihnen gelehrt „Heilswahrheiten“ beibringen. Der „liberale“ Bürger aber, der sich noch so viel auf seine „Freisinnigkeit“ und sein „Freidenkertum“ zu gute thut, mag sich davor hüten, daß seine eignen Kinder nichts davon vernehmen, denn man könnte sie ihm leicht durch den Gendarm wegnehmen, um sie in einer „Besserungsanstalt“ unterzubringen, wo sie vor den „Gottlosigkeit“ der Eltern geschützt werden. Einen Halt auf der eingeschlagenen Bahn giebt es nicht — die Reaktion schreitet vorwärts und muß vorwärts schreiten — sie kann nicht zurück, auch wenn der Abgrund vor ihr steht, und dieser Abgrund, der sie verschlingen wird, ist nicht mehr fern von ihr. Der Liberalismus ist längst todt; das neue Schulgesetz bestattet nur seine Leiche. Wir sehen in dem Schulgesetz nur eine der mannigfaltigen Gestaltungen der Reaktion, die wir, wie die übrigen, überwinden werden. Die Schule des Klassenstaats wird mit diesem zu Grunde gehen.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

115

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden
von A. Dito Walster.

Es ist wahr, die gewöhnlichen Arbeiter-Assoziationen würden todt für die ganze Bewegung bleiben, sie würden diejenigen, welche wenig haben, von denen trennen, die gar nichts haben. Wenn wir aber Assoziationen gründen, mit der inneren Entwicklungsfähigkeit, immer größere Kreise zu ziehen, würden diese dann nicht der ganzen Bewegung zum Nutzen gereichen können? Zu jeder Agitation gehört Geld. Die armen Arbeiter, deren Arbeitskraft vom Unternehmer ausgebeutet wird, haben wenig Geld übrig; die Assoziationen, welche an keinen Unternehmer abzugeben haben, würden, wenn sie sich erfolgreich erweisen, in besserer Lage sein, die uns beherrschenden Ideen auszubreiten. Da haben Sie einen Vortheil, der nicht zu verachten. Wenn wir nun ferner innerhalb unserer Assoziation das Prinzip der Brüderlichkeit beifügen und erhalten und danach streben, auch den Unbemittelten in Besitz seines Arbeitswerkzeuges zu setzen, wenn wir also auf diese Weise unsere eigenen Kräfte vermehren, sollen wir da nicht etwas Gutes auch für die Allgemeinheit bewirken, abgesehen auch noch davon, daß wir in solchen vorläufigen Unternehmungen die praktischen Erfahrungen zu machen haben, denen wir für die spätere Zeit dringend bedürftig sein werden?“

„Bravo, Bravo!“ scholl es von allen Seiten, und der

Deputirte der Wehrhahn'schen Druckerei erklärte, er werde diese neuen Anschauungen über die Soziale seine Kollegen in derselben günstigen Auffassung vortragen, die er selbst nunmehr gewonnen, eine Erklärung, die von allen Seiten freudig aufgenommen wurde.

„Meine Herren,“ bemerkte nun der Vorsitzende, „ich habe das Vergnügen, Ihnen mitteilen zu können, daß wir aus eigenen Kräften bereits eine Summe aufbringen werden, mit deren Hilfe ich hoffen darf, die dringendsten Gläubiger zu befriedigen und Herrn Barth seine Freiheit wieder zu verschaffen. Unsere Tagesordnung ist somit für heute erschöpft, und ich möchte Sie ersuchen, nun noch eine geschäftsführende Kommission aus Ihrer Mitte zu erwählen, welche die weiteren Angelegenheiten bis zum Wiederzusammentritt unserer Versammlung besorgt.“

Diese Wahl ging kurz und rasch vorüber; es wurden im Ganzen fünf Mitglieder der Kommission, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem Schriftsteller, dem bei der Druckerei beschäftigten Buchbinder, dem Maschinenmeister und noch einem Seher, durch Akklamation gewählt, und eine gesellige Unterhaltung löste die geschäftlichen Verhandlungen ab.

Neuntes Kapitel.

Blumen und Sterne.

Die Abendstunden waren bereits hereingebrochen, als der junge Schriftsteller das Druckereilokal verließ. Das Tageswerk ruhte schon allenthalben; die fleißigen Hände hatten aufgehört zu hämmern und zu sägen, zu netzen und zu nähen; die unermüdblichen Arbeiter am Webstuhl der Zeit hörten für eine kurze Zeit auf, das große Weltkapital zu vermehren, sie hörten nicht auf zu sorgen und zu seufzen, zu zürnen und zu weinen.

Ein schöner, heller Abendhimmel mit unzähligen gold'nen Sternen im dunkelblauen Sammetdach hatte sich hoch über den Wohnungen der Sterblichen ausgebreitet, und Mancher eilte hinaus, trotz der Ermüdung vom harten Tagewerk, um in der erhebenden Harmonie der Natur die Disharmonie des Menschenlebens zu vergessen. Wer aber einen Spaziergang außerhalb der Stadt für bedenklich hielt in Ansehung der vorgerückten Zeit, den drängte es in die schön gepflegten Promenaden, welche die Stadt in fast ununterbrochener Aufeinanderfolge wie mit einem grünen Gürtel umgaben und sich zuweilen nach einer Vorstadt mit Gartenhäusern in Form einer Allee verloren.

Nach einer solchen wendet sich auch unser neuer Bekannter; er geht tief in Gedanken verloren und erschrickt förmlich, wenn der Gruß eines Bekannten an sein Ohr schlägt.

Eine große Veränderung ist seit einiger Zeit in seinem geistigen Leben eingetreten, seitdem ein gewaltiger Anstoß von Außen ihn aus den stillen Kreisen idealer Kunst in's volle, buntbewegte Menschenleben geführt. Für ihn war früher die Kunst fast ausschließlich das Beachtenswerthe im Leben gewesen; die Welt, wie sie wirklich ist, war ihm ein Eder, unerprißlicher Gegenstand der Betrachtung, und er vernied es gern, in irgend eine nahe Berührung mit ihr zu kommen. Darum war er, wie die meisten seiner Kollegen, als Fremdling auf Erden herumgewandelt, hatte eherner Mauern zwischen sich und dem Alltagsleben aufzurichten versucht, und wenn die Wogen des Lebens diese Mauern untergruben, sie hier und da zum Falle brachten, das graue Tageslicht zu den Büden hereinhaute in den Haubergarten seiner Phantasien, dann hatte er, wie jener Riesenvogel, den Kopf im Sande vergraben, um seine

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Januar.

Im Reichstag stand gestern der Post-Etat auf der Tagesordnung. Die Debatte darüber brachte nichts Neues. Die Neben über die Sonntagsruhe der Postbeamten, die Nothwendigkeit der Herabsetzung gewisser Tarife u. sind in früheren Sessionen, theilweise sogar von denselben Rednern, schon alle einmal gehalten worden. In den siebziger Jahren war der Post-Stephan neben Bismarck der gefeiertste Minister am Bundesrathstisch. Die damals durchgeführten Reformen im Post- und Verkehrswesen entsprachen so sehr dem allgemeinen Bedürfnis, daß dem Postminister der Dank weitest Kreise entgegengebracht wurde.

Das ist jetzt anders geworden. Der Herr Staatssekretär für das Postwesen hat die Reformen an den Nagel gehängt und selbst die berechtigtesten Wünsche — wir erinnern nur an den Widerstand gegen die Einführung der 5 Pfennig-Kreuzbandsendungen — müssen Jahre lang auf ihre Erfüllung warten. Geblieben ist von früher her nur die mancher Mal sich recht kleinlich ausnehmende Bevormundung der Beamten im Ressort des Postgeordneten. So wurde auch gestern wieder von dem Abgeordneten Bachem die Drangsalirung der Postassistenten, welche sich ihrem Verbands angeschlossen, zur Sprache gebracht und obwohl weder Stephan noch sein Adlatus einen stichhaltigen Grund vorzubringen wußten, warum die Assistenten sich nicht zu einem Verbands zusammen schließen dürfen, so konnte doch jeder aus den Ausführungen der Redner vom Bundesrathstische heransprechen, daß die Maßregelungen fortgesetzt werden sollen.

Der Abgeordnete Bebel lenkte die Aufmerksamkeit auf die Thatfache, daß Tausende von Post-Unterbeamten das Müßiggewerbe als Nebenverdienst betreiben und so den Berufsmustern eine sehr unheimliche Konkurrenz machen. Der Abgeordnete Ulrich zeigte an einem recht drastischen Beispiele, wie die Postverwaltung in Offenbach a. M. den Kreisblättern Privilegien einräumte, welche sie anderen Blättern nicht gewährt. Singer fragte, ob er wahr sei, daß Sandbriefträger zugemuthet werde, täglich Fußtouren von 40—45 Kilometer zu machen? Diese Frage brachte die rechte Hand Stephan's, den Wirklichen Geheimen Rath Fischer, in gewaltige Aufregung. Mit gehobener Stimme verlangte derselbe, daß ein einziger Sandbriefbote angeführt werde, der eine solche auf die Dauer geradezu mörderische Tagesleistung zu machen gabe. Sofort erhob sich der Abgeordnete für Dagenau i. Elsass und erklärte, daß in seinem Wohnbezirk in Sandbriefträger täglich 44 Kilometer zurück zu legen habe. Diese Erklärung wirkte so abkühlend, daß nunmehr der Herr Staatssekretär selbst wieder in die Debatte eingriff und dabei die Weisheit zum Besten gab, daß der starke Andrang beweise, daß die Sandbriefträger gefuchte Stellen seien. Daß der Hunger die Massen zwingt Arbeit um jeden Preis zu nehmen, das scheint Herr v. Stephan nicht zu wissen. —

Gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen erhebt man von liberaler Seite zwei Einwände. Die „Freisinnigen“ voran die „Vossische Zeitung“, heben hervor, wie durch den Wechsel der Einnahmen, der bei den Eisenbahnen nicht im Voraus zu berechnen sei, ein neues Element der Unsicherheit in den Staatshaushalt gekommen sei. Nun, dieses „Element der Unsicherheit“ ließe sich sehr leicht beseitigen; man betrachte einfach die thatsächlichen Ueberschüsse des Vorjahres als Einnahmen des neuen Jahres, und je nach der Höhe derselben erhöhe oder verringere man die anderen Einnahmen. Dieser Mißstand wäre also fürchtbar leicht zu beseitigen.

Von anderer Seite wird ein anderer Vorwurf gegen die Staats-Eisenbahnverwaltung erhoben, der eher etwas für sich hat. Ein Theil der Vertreter der Verstaatlichung der Bahnen ist für diese eingetreten, unter der Annahme, daß die sonst den Privat-Eigentümern, den Aktionären der Privatbahnen zustehenden Gewinne nunmehr dem Staate zufallen und von diesem nur im Interesse der Eisenbahnen, der Erleichterung und Verbesserung des Verkehrs benutzt werden würden. Aber, klagt die „Vossische“, diesen Gewinn lasse sich statt dessen der „Racker von Staat“ für ganz andere Zwecke schmücken. Nun, diese anderen Zwecke sind aber

auch nur solche, welche von den herrschenden Klassen gebilligt werden. Würde der Staat die Gewinne aus den Bahnen benutzen, um sie seinen Arbeitern zuzuwenden, um deren Lage zu verbessern, würde er in den unter seiner Verwaltung stehenden Werkstätten Arbeitszeit und Arbeitslohn so regeln, daß er als Muster der Arbeiterfreundlichkeit gelten könnte, so würde die gesamte Bourgeoisie in ein Zetergeschrei ausbrechen, daß der Staat sie schädige, indem er in ihren Arbeitern das Verlangen erzeuge, ebenso gut gestellt zu werden, wie ihre Kameraden in den Staatswerkstätten. So aber hat die Bourgeoisie die höchste Befriedigung, wenn sie sich auf den Staat berufen kann, der ein noch schlimmerer Arbeitgeber sei als sie selbst.

Die Angriffe von Seiten der Bourgeoisie gegen die Verstaatlichung laufen alle mehr oder weniger nur darauf hinaus, daß der Staat ihrer Proffucht und Ausbeutung Konkurrenz macht, dieser selbe Staat, den sie als ihr Eigentum und als den Hort ihrer Vorrechte betrachten. Denn davon sind wir weit entfernt, daß wir die „Verstaatlichung“ als für gleichbedeutend mit der „Vergesellschaftung“ der Verkehrs- und Produktionsmittel ansehen können.

Der „Klassenstaat“, wenn er auch der Privatausbeutung der herrschenden Klassen Produktions- und Verkehrsmittel entzieht, wird diese immer doch im Interesse dieser Klassen verwenden. In einem Staate des Militarismus und Kapitalismus werden höchstens diese beiden Interessen mit einander öfters kollidiren und, da der erstere noch der mächtigere ist, so wird der letztere sich öfters zu fügen haben. Doch das sind innere Streitigkeiten der herrschenden Klassen, die, wenn sie sich auch mitunter in die Haare geraten, sich doch um der Aufrechthaltung des Klassenstaates selbst willen bald wieder vertragen. Im Klassenstaate werden alle Einrichtungen, gleichviel ob Private oder der Staat selbst sie in Händen haben, immer das Gepräge des Klassenstaates, der Ausbeutung der Gesamtheit im Interesse der herrschenden Klassen an sich tragen; die Verstaatlichung kann vielleicht die Möglichkeit der Umwandlung des Klassenstaates in eine Volksgesellschaft vereinfachen; eine wirkliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist aber nur mit der Vernichtung des Klassenstaates möglich. —

Im preussischen Abgeordnetenhaus gehören nach dem letzten erschienenen Verzeichniß der Parteien 125 Mitglieder zur konservativen Partei, 98 zur Zentrums-Partei, 84 zur nationalliberalen Partei, 66 zur freikonservativen Partei, 27 zur deutschfreisinnigen Partei und 14 zu den Polen; 14 sind bei keiner Partei. Erledigt sind zur Zeit 5 Mandate (3. Osnabrück, 4. Hannover, 2. Berlin, 7. Posen und 3. Posen). — Bei dieser Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses braucht die Regierung sich wegen der reaktionärsten Gesetze keine Sorge zu machen. —

Die Verzwanglichung der Erholungen der Arbeiter außer dem Hause stellt sich die in Berlin unter Mitwirkung des „Deutschen Zentralvereins“ für das Wohl der arbeitenden Klassen neugegründete Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen zur Aufgabe. Der bekannte Geh. Regierungsrath Professor Dr. Böhmert in Dresden versendet zu diesem Zwecke an die „Vossische“, insbesondere an Arbeitgeber, Direktoren von Staatswerkstätten und Aktiengesellschaften u., Zirkulare, in denen er mittheilt, daß lobenswerthe Einrichtungen zur Erholung der Arbeiter bereits existiren und zwar:

1. Fabriksäle bei längerem Bestehen einer Fabrik oder bei Familienereignissen im Hause des Prinzipals.
2. Weihnachtsgeschenke oder Feste bei Erhaltung der Jahresrechnungen von Kranken- oder anderen Hilfskassen.
3. Gesellige Zusammenkünfte des Fabrikpersonals mit den Prinzipalen und Angestellten behufs Unterhaltung und Belehrung in längerer oder kürzerer Zwischenräumen.
4. Ausflüge im Sommer zum gemeinschaftlichen Naturgenuss oder zum Besuch wichtiger Industrie-Werkstätten und Kunstanstalten.
5. Arbeiter-Badereisen und Bewilligung eines regelmäßigen oder außerordentlichen Urlaubs.
6. Abordnung von Arbeitern zur Beschäftigung von Anstellungen oder zu anderen Zwecken.
7. Begründung von Arbeiterheimen mit Arbeitergärten oder Volkssports für die Familien der Arbeiter.
8. Begründung von Frauen- oder Mädchenheimen für Arbeiterinnen oder Einrichtung besonderer Frauenabende und Frauenkurse.
9. Begründung von Lehrstücken oder besonderen Veranstaltungen für jugendliche Arbeiter.
10. Sorge für gute Volksbibliotheken, Leseballen, Volksschriften und Volkstheater durch Vereine oder Stadt- und Landgemeinden.

Produkte des Einen mit denen des Anderen auszugleichen, und als solches konnte es kaum von einem anderen Mittel übertroufen werden, da es nicht nur eine Anweisung auf gefertigte Arbeit war, sondern auch durch die Güte des Materials, aus dem es vorzugsweise gefertigt wurde, einen bedeutenden Selbstwerth ausmachte, der bei nahe unabhängig blieb von dem Gepräge und der Inschrift, die seinen Werth angab. Das Stückchen Kupfer, Silber oder Gold rettete durch seinen eigenen ihm innewohnenden oder zuerkannten Werth sein Ansehen gegenüber den vielfältigen Schwankungen des Weltmarktes, aber eben dadurch ist es ein Gegenstand der schönsten Habgier geworden, hat es seine verderblichen Wirkungen erzielen können. Je mehr es das ausschließliche Tauschmittel geworden, je mehr haben die Einzelnen versucht, die möglichst größte Menge desselben in ihrer eigenen Hand zu vereinigen, und da konnte es ja nicht fehlen, daß es vielen anderen Menschen entzogen wurde, die nun in Ermangelung desselben außer Stande sind, ihre Arbeit frei und in richtiger, billiger Weise zu verwerthen oder auszutauschen; sie werden die Tributpflichtigen Derjenigen, welche das Tauschmittel an sich gerissen haben, und dieser Tribut bewirkt, daß die Anhäufung des Kapitals bei den Einzelnen immer fürchterlicher, immer verderblicher wird.

Und doch kann das todtte Geld Niemanden kleiden, Niemanden ernähren; die Arbeit allein ist's, die Alles lebendig macht. Sollte aber die Arbeit nicht vor allen Dingen das Recht mit sich bringen, menschenwürdig leben zu können?

Nun, Herr Dr. Lange, wollen Sie auch heute bei uns ohne Gruß vorbeigehen? fragte in diesem Augenblicke eine wohlklingende, weibliche Stimme und brachte damit den einsamen Träumer aus seinen Betrachtungen in die Außenwelt zurück.

Die Stimme kam aus einer Gartenlaube, welche auf einer kleinen Terrasse gebaut den eisernen Gartenzaun sammt den vergoldeten Spigen überragte. Der junge Mann fuhr erschreckt auf, so sanft die Stimme auch klang; denn gewaltsam gerührt in den einen Gedanken an den in ihm und riefen ebenso gewaltsam einen neuen hervor.

11. Begründung von Turn-, Gesang-, Musikvereinen und Leseklubs für Arbeiter. 12. Einrichtung von Volkserholungsabenden und Volkshäusern mit Vortragskursen, Bäder- und Widerammlungen oder verschiedenartigen Unterhaltungen und edlen Erholungen für alle Volksklassen.

Er bittet zugleich um die Beantwortung folgender Fragen.

- I. Welche von den unter 1 bis 12 angeführten Veranstaltungen oder welche andere Einrichtungen zur Erholung der Arbeiter bestehen in Ihren Werkstätten oder an Ihrem Orte?
- II. Seit wann bestehen dieselben?
- III. Wie sind sie eingerichtet?
- IV. Welche Erfahrungen hat man mit denselben gemacht?
- V. Welche Verbesserungen oder Neuerungen sind auf dem Gebiete der Volkserholungen wünschenswerth?

Fast noch widerlicher als die Hungerpeitsche ist das Zuderbrot, das man dem Arbeiter bietet. Und zu welchem Zwecke und in welcher Absicht? Um die Arbeiter zu lehren, daß sie Menschen, Vollberechtigte sind, oder um sie dies vergessen zu machen?

Will die Bourgeoisie „veredeln“, so fange sie bei sich selbst an, bei ihren „Goldlöthchen“ und ihren verbuhlten Weibern, ihren finanziellen Schwindel-Genies und proghastigen Wüstlingen! —

Russische Wahrheitsliebe und Gewissensfreiheit. Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Kreuz-Zeitung“, daß ihre Nachricht, es sei aus Petersburg ein Befehl ergangen, wonach auch die protestantischen Schüler in den Ostsee-Provinzen verpflichtet wären, bei Gefahr des Ausschlusses aus der Schule, an Staats- und Kirchenfesten die griechisch-orthodoxen Kirchen zu besuchen, von russischen Regierungsblättern in den Ostsee-Provinzen als unwahr hingestellt sei. Da polnische Blätter melden, daß an die katholischen Schulkinder das gleiche Verlangen gestellt sei, so ist die „Kreuz-Zeitung“ der Ansicht, daß auch die obige Nachricht richtig gewesen und ihre Ableugnung eine Lüge, da man mit den deutschen Protestanten gewiß nicht mehr Federlesen machen wird, als mit den Katholiken. Wenn nun von einer derartigen Maßregel die „Kreuz-Zeitung“ erklärt, daß sie jedem Europäer barbarisch erscheint, so verweisen wir sie nur darauf, daß sie dieselbe in Deutschland selbst nicht genug befeuert kann. Sollen doch nach dem neuen Schul-Gesetzentwurf auch Dissidenten-Kinder zur Theilnahme an dem offiziellen Religions-Unterricht gezwungen werden können. Was in Preußen der „Kreuz-Zeitung“ gegen Ungläubige recht, darf ihr doch in Russland gegen Andersgläubige nur billig erscheinen. Ist das eine barbarisch, so ist es auch das andere. Der russischen Wahrheitsliebe und Gewissensfreiheit kann nämlich die neu-preussische zur Seite gestellt werden. —

In dem Organ der Apothekenbesitzer, der „Pharmazeutischen Zeitung“, erhebt ein Apotheker ein fürchtbares Wuthgeschrei über die „sozialistischen Maulwürfe“, die ihre Miniarbeit gegen die Ausbeutung des leidenden Publikums durch die privilegierten und konfessionierten Apothekenbesitzer richten. Er wittert Unrath und erhebt seinen „Kassandra-Ruf“. Verstaatlichung der Apotheken fürchtet er noch nicht, auch nicht die Gewerksfreiheit, wohl aber eine größere Ausgabel von Konzeptionen. „Es raft der See und will sein Opfer haben“, und dieses Opfer werden jedenfalls die armen Apothekenbesitzer sein. Wir hoffen es! Der Wuthschreier beklagt, daß die Apotheker keine Vertretung im Reichstage haben, wird aber hierin von der Redaktion des Apothekerblattes berichtigt, da der deutschfreisinnige Apotheker Dr. Witte-Moskau dem Reichstage angehört und die Interessen des Apothekerstandes dort stets kräftig zu wahren wisse. Nach dem Reichstags-Handbuch hat Herr Witte 1862 bereits seine Apotheke verkauft, nachdem er ein Droguen-Engros-Geschäft und eine chemische Fabrik errichtet. Wie weit er das Lob des Apothekerblattes verdient, wissen wir nicht; aber wir gönnen es ihm. —

Ueber das „realistische“ Schwein, welches vorige Woche sammt seiner würdigen Heferschwester von französischen Geschworenen zu 15 monatlicher Gefängnisstrafe verurtheilt ward, erfährt man nachträglich, daß es ein grimmiger Antifemist ist. Schwein, Antifemist und Herr von — die arme „Kreuz-Zeitung“! Das hatte sie nicht geahnt, als sie sich am Sonnabend so sittlich entriistet in die Brust warf. —

Das Störende dieses inneren Ereignisses mochte sich wohl in seinen Mienen wieder spiegeln, als er gewohnheitsmäßig grüßend, zu der Unterbrecherin emporschaute, denn die junge Dame strich eine Fluth von schwarzen Locken aus den dunkel gerötheten Wangen hinter das Ohr und sah den jungen Mann recht unschuldig bittend an, indem sie sagte:

„Ich bitte tausendmal um Entschuldigung, daß ich Sie in Ihrem, Gott weiß wie hohen Gedankenfluge unterbrochen, ich will Sie auch sogleich wieder in denselben zurückführen lassen. Aber sehen Sie mich nur nicht so zurend an; das Stirnen eines in seinem Gedanken- oder Schaffensdrange gestörten Künstlers, Dichters oder Denkers hat etwas Erschreckendes. Ich glaube, wir haben über dieses Thema schon früher einmal gesprochen.“

„Sie beschämen mich mit Ihren Entschuldigungen, bestes Fräulein,“ erwiderte der junge Mann, indem er seinerseits merklich erröthete. „Meine Pflicht und Schuldigkeit war, Sie zu begrüßen; ich aber ging gedankenlos — gedankenlos, wollte ich sagen, an Ihnen vorüber, und...“

„Und weil Sie eben in weit entfernten Regionen weilten, sahen Sie Keinen von den Staubgeborenen, in deren nächster Nähe Sie sich befanden. Das Alles finde ich sehr begreiflich, sehr natürlich, zumal es nicht das erste Mal ist, daß mir etwas Aehnliches in Erfahrung kommt; ich habe mir auch längst die Pflicht auferlegt, dergleichen als etwas Wohlberechtigtes anzuerkennen. Aber Sie werden mir jedenfalls zugestehen, daß es einer ganz besonderen Selbstbeherrschung bedarf, um Jemanden an sich ungestört vorbeiziehen zu lassen, der Einem versprochen, wöchentlich zwei Mal Vortrag über Aesthetik zu halten, und der sich trotzdem drei Wochen nach Ansetzung der ersten Stunde nicht einmal wieder hat sehen lassen. So habe ich von der Aesthetik bis jetzt noch nichts gehört, als daß sie Wissenschaft ist, durch welche man das Schöne schätzen und würdigen lernt; aber, Herr Professor der Aesthetik, das war nicht schön von Ihrer Seite, daß Sie mich so lange vergeblich auf die versprochenen Vorträge über die Wissenschaft des Schönen warten ließen.“

(Fortsetzung folgt.)

Träume — seine selbstgeschaffenen Täuschungen zu bewahren vor profanen Angriffen.

Aber es war die Zeit gekommen, in der das Leben sich von dem abwendete, der sich von ihm gewendet, ihn vergaß, der es vergessen wollte und doch nicht entbehren konnte; harte Stöße zwangen ihn, das Haupt zu erheben, sich umzuschauen, die nächsten Ursachen der ihm so unwillkommenen Störungen zu erkennen. Und da sein Bild gewöhnt war, in die Tiefe zu blicken, so konnte sich sein Geist der Aufgabe nicht erwehren, mehr und mehr den ewigen Zusammenhang aller Dinge auf Erden zu erkennen zu suchen; und jeder Schritt, den er hier zur besseren Erkenntniß that, erweckte ihm ein immer größeres Bedürfnis nach neuen, vollständigeren Erkenntnissen. Mit wahrer Leidenschaft leuchtete er sich aller der Erfahrungen und Ideen, welche große Denker vor ihm der Welt gewidmet, und rastlos arbeitete seit jenem Tage sein Geist, um sich ein volles Bild der Lebensbedingungen in unserem Zeitalter, in unserer Kulturperiode zu schaffen.

Da gab es mit einem Male Stoff und Anregungen in Hülle und Fülle, und fast dankte ihm schon nach den ersten Stufen, welche er auf diesem Wege erstiegen, die Welt mit ihren Zielen etwas Mächtigeres, Höheres als das war, was ihm der lähnste Flug seiner Phantasie an Idealen gebracht. Die Hütte der Armuth, welche heiliges Märtyrertum! Der Schweiß des Arbeiters, welche Titanenarbeit ruft ihn hervor! Der Reichthum des Reichen, die Gewalt der Gewaltigen, welche Märchenerscheinungen gegenüber der unendlichen Fülle von Armuth und Elend, von Mangel und Beklammern! Die Kämpfe zwischen Bahn und Aufklärung, zwischen Unwissenheit und Wissenschaft, zwischen Recht und Gewalt, Wahrheit und Lüge, was für Heldekämpfe, welche seltsames Schwanken hin und wieder! Und ist ein solcher Kampf weniger poetisch, weil statt des Blutes Schweiß und Thränen fließen, weil statt der Mauern und Thürme Herzen brechen?

Welche Macht dieses Geld auf Erden erlangt hat, murmelte unser Freund in Erinnerung der eben erlebten Verhandlungen, im träumerischen Dahinschreiten, es sollte ein leichtes Tauschmittel ursprünglich sein, um die Arbeits-

Um „unsittliche“ Bühnendarstellungen zu verhindern, hat die französische Regierung der Kammer ein Gesetz zur Einführung der Theaterzensur vorgelegt. Mit Recht bemerken die radikalen Blätter, daß dies nur Chikanen und Geschmacklosigkeiten zur Folge haben kann, — daß die „Sittlichkeit“ sich nicht erzwingen läßt, und daß das Schicksal des „Schweins von Chirac“, dem Jeder die Strafe gönnt, heilsamer wirken wird, als die beste und wohlmeinendste Zensur. —

Die französische Arbeiterbewegung ist bisher an dem Widerstand der ländlichen Bevölkerung gescheitert, die nicht begreifen konnte, daß auch für sie nur im Sozialismus die Rettung liegt. In dieser Beziehung ist aber neuerdings ein Umschwung eingetreten. Die zunehmende Proletarisierung des Bauernstandes konnte nicht ohne Einfluß bleiben, und wie unsere französischen Korrespondenten schon wiederholt mittheilten, finden jetzt die sozialistischen Ideen mehr und mehr unter der Landbevölkerung Eingang. Der neuesten Nummer der „Question Sociale“ („Soziale Frage“) von Vorbeurg entnehmen wir, daß neuerdings in der Bretagne, die, ähnlich wie die Vendée, sich aufs Hartnäckigste allem Neuen entgegenstemmen pflegte, von Weinbauern ein sozialistisches Syndikat gebildet worden ist, welches 250, in 6 verschiedenen Gemeinden um Nantes wohnende Weinbauern umfaßt.

In der Champagne und im Süden Frankreichs giebt es ebenfalls schon viele sozialistische Weinbauern, die gewerkschaftlichen Organisationen angehören. In Frankreich sind die kleinen Weinbauern in einer gleich schlimmen Lage wie in Deutschland — sie befinden sich in der vollständigsten Abhängigkeit von den kapitalistischen Weinhändlern und Großweinberg-Besitzern. Und der Druck ist so groß, die Ursache der Nothlage so offenbar, daß wer irgendwie denkfähig ist, in dem Sozialismus die Rettung suchen muß.

Uebrigens darf man nicht glauben, daß die Arbeiter hinter den Weinbauern zurückblieben. Infolge des zerstreut-auseneinander-Wohnens, und der daraus sich ergebenden Schwierigkeit des Verkehrs und der Agitation geht es mit der sozialistischen Propaganda auf dem Lande in Frankreich wie in Deutschland etwas langsamer als in den Städten, allein es geht stetig vorwärts. Dafür sorgen unsere Freunde — die Feinde — d. h. die kapitalistischen Ausbeuter. —

In Dänemark beginnt wieder die Ära der Sozialistenverfolgungen. Nikolaus Petersen, bekannt als Delegirter zu den internationalen Arbeiterkongressen von Paris und Brüssel, ist wegen einiger Artikel über „die kommende Revolution“, welche er in dem von ihm redigirten „Arbeiter“ („Arbeiter“) veröffentlicht hatte, verhaftet worden. Petersen ist nicht, wie von kapitalistischen Organen behauptet wird, ein Anarchist — sonst würde er auf jenen Kongressen nicht als Delegirter gewesen sein — er ist nur ein entschiedener Gegner jedes Zusammengehens mit der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Demokratie, und deshalb nicht immer mit der vom „Sozialdemokraten“ und vom Dänischen Arbeiterbund verfolgten Taktik einverstanden gewesen. Die Artikel, die zu dem Prozeß gegen ihn Anlaß gegeben haben, sind uns bekannt; sie enthalten nichts, was nicht Duzende Male in deutschen sozialistischen Blättern gesagt worden wäre, ohne daß die deutsche Staatsanwaltschaft Strafbares darin gefunden hätte. Und Dänemark hat eine demokratische Verfassung und weit freiere Gesetze und Einrichtungen als Deutschland. Freilich, wo es sich um den Kampf gegen den Sozialismus handelt, hört die Demokratie auf, wie uns das Beispiel der französischen und der amerikanischen Republik schon so oft gezeigt hat. Unsere dänischen Genossen wissen das, und sie sind vorbereitet auf die Kämpfe, die ihnen bevorstehen und die gleich den unsrigen, erst mit dem Sieg der Sozialdemokratie enden werden. —

Die Vorgänge in Kerec sind jetzt aufgeklärt. Ein paar hundert Landarbeiter und Bauern geführt von einigen zweifelhaften Subjekten, die als „Anarchisten“ figurirten, unternahmen einen „Angriff“ auf die mit drei Infanterie- und zwei Kavallerie-Regimentern garnisonirte Stadt, durften sich einen halben Tag in der Stadt herumtreiben und alle möglichen Tollheiten verüben, ohne daß es den Zivil- oder Militärbehörden einfiel, ihnen das Handwerk zu legen, wozu — da die Leute so gut wie nicht bewaffnet waren — ein Duzend kouragirte Polizisten ausgereicht hätten. Und jetzt — riesiger Ärger über das „anarchistisch-sozialistische Komplott“, standrechtliche Aburtheilung der gefangenen „Insurgenten“, von denen einer heute erschossen worden ist, und — Ausnahme-gesetz gegen die Sozialisten. Denn „Anarchisten“, wie schon gesagt, giebt es in Spanien nicht mehr, — außer solche, die der Regierung Handlangerdienste leisten, wie in Kerec.

Unsere spanischen und französischen Genossen sind einstimmig in der Beurtheilung dieses „Putsch“, dem die Mache allerdings faustdick auf der Stirne klebt. —

Wieder Stobsposten aus Afrika. In „Deutsch-Ostafrika“, d. h. dem Theile von Ostafrika, der sich „deutsch“ nennt, aber es nie gewesen ist und jeder menschlichen Vorkaufsicht nach nie sein wird, geht Alles drunter und drüber, — die aufständischen Neger vernichten die deutschen Plantagen, und die deutsche „Schutztruppe“, die ihre besten Offiziere und Mannschaften verloren hat, ist nicht nur unfähig, „Schutz“ zu gewähren, sondern braucht selber „Schutz“. Und mit der „Verwaltung“ der Kolonie steht es ebenso trostlos, wie mit dem militärischen „Schutz“. Auch in national-liberalen Kreisen scheint man nachgerade zu ahnen, daß die beste Kolonialpolitik die wäre, alle Kolonien so rasch als möglich fahren zu lassen. — Auch den Engländern ergeht es schlecht. Sie haben im „Seengebiet“ eine blutige Schlappe erlitten — sie können es aber, da sie aus In die unbeschränkt Truppen heranziehen können, leichter aushalten als wir. Indes auch den Engländern bringt Afrika keine Vortheile. Und es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Dinge dort sich für die Europäer immer mehr verschlimmern werden. Während die Eingeborenen vor Beginn dieses internationalen Kirchthurn-Wettrennens der Kolonialpolitik, oder richtiger gesagt: der Landräuberi, meistens sehr zutraulich und geneigt waren, mit den Europäern in Verkehr zu treten, stoßen die Europäer jetzt überall auf Mißtrauen und Feindschaft. Und wahrhaftig, wenn man bedenkt, daß sie dort gehaust haben

schlimmer als die Wilden“, so ist das nicht zu verwundern. Die Engländer befürchten, die Völkerschaften Inner-Afrikas würden sich zu einem Bund gegen alle Europäer vereinigen. Das ist durchaus nicht unwahrscheinlich. Jedenfalls ist die Lage in Afrika für die Europäer im Allgemeinen und die Deutschen insbesondere durch die „Kolonialpolitik“ verschlechtert worden. —

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

In Stuttgart hatten sich bekanntlich Unternehmer und Behörden zur Wahrung unbedingter Sozialdemokratie vereinigt. In einer großen Zahl von Fällen ist es nun, wie die Magdeburger „Volksstimme“ erzählt, nachzuweisen gelungen, welche wirtschaftliche Schädigung die Veröffentlichung der schwarzen Liste für die auf derselben aufgeführten Arbeiter mit sich gebracht hat. Demzufolge ist bei der Staatsanwaltschaft in Magdeburg gegen die Unterzeichner der sogenannten „Konferenzbeschlüsse“, Bürgermeister Reinhard und Polizeikommissar Ring, Strafantrag gestellt worden, wegen Vergehens im Amt (§ 339 R.-Str.-G.-B.), wegen Verurtheilung (§ 153 der Gewerbe-Ordnung) und wegen Abhaltens einer anscheinend polizeilich nicht angemessenen Versammlung (§ 1 und § 12 des Vereinsgesetzes). — Wir sind neugierig, wie hoch die Strafe sein wird, welche die Angeklagten trifft.

Bei einer Flugblatt-Vertheilung in den ländlichen Ortshäusern des Bezirks Gühring machten unsere Parteigenossen die erfreuliche Erfahrung, daß der Geist der dortigen Landbevölkerung ein sehr guter ist. Die Zahl der Flugblätter reichte auch nicht entfernt hin, um letztere an alle Landleute, welche danach fragten, in genügendem Maße vertheilen zu können.

In der Domäne derer v. Köller, in Ramin (Pommern) fand, wie der „Volksbote“ berichtet, am Dienstag die erste sozialdemokratische Volks-Versammlung statt. Ein Saal war nicht zu erlangen gewesen; die Versammlung wurde daher in dem Bierlokal von Pommerenberg abgehalten. Ueber 200 Menschen, darunter viele Bürger, standen in einem engen Raume wie eingekerkert, infolge dessen herrschte eine furchterliche Hitze. Redakteur Herbert aus Stettin sprach anderthalb Stunden über das neue sozialdemokratische Parteiprogramm, das einige Tage vorher in größeren Massen verbreitet worden war. Zwei Gegner, der Buchdruckerbesitzer Binder, Herausgeber des Kreisblattes, und Herr von Köller-Deuthin, versuchten ihn zu widerlegen. Herr v. Köller spielte sogar den Liebesherrn, stimmte in einigen Punkten mit dem Referenten überein und bat in humorvoller Weise den sozialdemokratischen Redner Herbert, den er sogar seiner Hochachtung versicherte, er möge in der Antwort mit ihm glimpflich verfahren, da er (v. Köller) im Reden ein Neuling sei. Dann spielte Herr v. Köller seinen höchsten Trumpf mit einem Hoch auf den Kaiser aus und spendirte den Arbeitern Bier. Indessen das half Alles nichts. Nach der Versammlung zeichneten sich 40 Personen in die Listen ein, welche beabsichtigt die Gründung eines sozialdemokratischen Arbeitervereins ausgelegt waren. Bemerkenswerth ist aus dem Bericht des „Volksboten“ noch die Mittheilung, daß während der sozialdemokratische Referent ruhig angehört und nur einige Male von Spießbürgern unterbrochen wurde, es erst des Eingreifens derselben bedurfte, um den Gegnern, welche sich die Sache wohl anders gedacht hatten, Gehör zu verschaffen. Danach ist Pommern auf dem besten Wege, sich seines Spinnamens „die deutsche Vendée“ zu entledigen.

Ein neuer sozialdemokratischer Verein wurde in Stodolsdorf errichtet.

Eine sozialdemokratische Partei-Konferenz für den Reichstags-Wahlkreis Altona-Neudorf findet am 14. Februar in Lüdenscheid statt. Die Tagesordnung umfaßt die Punkte: Presse, Agitation und Organisation, Anträge der Delegirten. Briefe sind an Gustav Höpfeld, Lüdenscheid, Vestingstr. 5, zu adressiren.

Streikende Buchdrucker begründeten in Frankfurt a. M. eine neue, angeblich „unpatriotische“ Zeitung, das „Frankfurter Tagesblatt“. Da dieses Unternehmen rein privaten Zwecken seiner Arrangements dient, so erklärte sich der Frankfurter sozialdemokratische Verein schärfstens gegen dasselbe, betonte aber ausdrücklich, daß durch die Gründung jenes Blattes die Stellung der Sozialdemokratie zur Buchdruckerbewegung selbst natürlich in keiner Weise geändert wird.

Die Druckerei der „Elsaß-Lothringischen Volkszeitung“ in Mülhausen ist am 19. Januar in den Besitz der Verleger dieses Blattes, der Herren Hiedel und Martin, übergegangen. Damit ist auch der Schließung des Geschäfts vorgebeugt, welche dem früheren Besitzer der Druckerei, Herrn Burgheimer, auf Grund der alten französischen Gesetze über die Presse angedroht worden war.

Ueber 40 Gastwirthschaften ist in Oera und Umgegend der militärischen Postort verhängt. Davon wurde auch der Parteigenosse K. B. Kühn in Brudgen betroffen, trotzdem er gar nicht im Besitze der Konzession ist, sondern seit drei Jahren immer noch um dieselbe nachsucht. Wirthschaften, in denen die Soldaten doch nur mit gestillten Arbeitern und Bürgern verkehren würden, schädigt also derselbe Staat, der jedermann in seiner freien Erwerbsthätigkeit schützen soll.

Der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer schreibt über den Ausfall des Streiks:

„Werde uns nicht der Sieg, so gehen wir doch mit Ehren bedeckt aus dem Kampfe hervor. Ein geringeres, ein materielles Ziel, eine bloße Lohnerhöhung selbst von 10 bis 20 pCt. hätten wir im Auge erreicht, dem idealen Ziele der Arbeitszeitverkürzung hätte sich das alte Spießbürgertum gegenüber, nannte es „sozialdemokratisch“ und verdammt es deshalb. Für die Buchdrucker aber verlor diese Bezeichnung während der Kampagne ihre Unthunlichkeit, sie erkannten in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei die treue Helferin und werden mit ihr zum weitläufigen größten Theile fortan Hand in Hand gehen. Deutlicher als die osten Abhandlungen beweist der Ausgang des gestrigen mit allen Kräften, die je einer Branche zur Verfügung stehen können, geführten Neuanstandskampfes, daß die gewerkschaftlichen Machtmittel allein den Arbeitersstand nicht emanzipiren können: er muß nebenbei die politische Macht erringen, um sich in der menschlichen Gesellschaft endlich die ihm gebührende Lebensstellung zu verschaffen.“ — Aus Stettin berichtet dasselbe Blatt: „Das ganz unmotivirte Vorgehen seitens des Ministers des Innern gegen unseren Verein hat, wie schon anderwärts, so auch hier seine Früchte getragen. Bei der Wahl zweier Vorstandsmitglieder wurde zum Vorsitzenden gewählt der Führer der hiesigen Sozialdemokraten, Fritz Herbert, zum Schriftführer der der gleichen Partei angehörige Seeger Otto Ohl. So macht die Regierung selbst für ihre Gegner Propaganda.“

Volksrechtliches, Gerichtliches etc.

In Bielefeld wurde der Geschäftsführer der „Volkswacht“, Genosse Schmidt, von der Strafkammer wegen Verleumdung eines Gendarmen zu einer Woche Gefängniß verurtheilt. Er hatte nach Ansicht des Gerichts eine Handlung des letzteren mit dessen mangelhafter Bildung entschuldigend wollen, indem er sagte, „der Gendarm habe gewiß als Soldat 12 Jahre lang das kräftigste Kommissariat geübt“.

Philipp Teufel, der Redakteur der Karlsruher Ausgabe des „Volksfreunds“, wird am Mittwoch aus dem Freiburger Landesgefängniß vorläufig entlassen, nachdem er einschließlich der Untersuchungshaft 1 Jahr 1 Monat und 20 Tage im Kerker zugebracht hat. Der Offenburgener „Volksfreund“ schreibt hierzu: „Der Antrag ging von der Gefängnisleitung aus und wurde vom Ministerium auf Grund der Bestimmungen des § 23 des St.-G.-B. und der badischen Verordnung vom 29. Dezember 1871 genehmigt. Philipp Teufel wurde am 1. Dezember 1890 verhaftet und im Januar 1891 zu fünfzehn Monaten Gefängniß wegen Preßvergehens verurtheilt. Da ihm von der erlittenen Untersuchungshaft nichts angerechnet wurde, hätte Teufel noch 8 Monate zu verbüßen, die ihm nun durch seine vorläufige Befreiung so gut wie erlassen sind. Die Direktion des Landesgefängnisses gewährte diesem politischen Gefangenen täglich eine Freistunde zur Uebung in der Stenographie und gestattete das Abonnement auf die Arbeiter-Zeitung „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“, sowie die Benützung von geeigneter Lektüre, die von auswärts gesandt wurde. Teufel spricht sich in seinem Briefe anerkennend über die ihm gewordene rückwärtsgeleitete Behandlung aus. Der menschenfreundliche Anstaltsgeistliche, Herr Pfarrer Kraus, hat sich auch bei diesem Gefangenen ein ehrendes Andenken gesichert.“

Ein Buchdruckerbesitzer aus Reuß hatte für den Zigarrenhändler Herrn J. Boh in Düsseldorf Zigarrenblätter angefertigt, auf deren Rückseite die Arbeitermarxistische abgedruckt war. Da die Blätter nicht den Namen des Druckers enthielten, so wurde der Drucker auf Grund des § 6 des Preßgesetzes in Anklagezustand versetzt, da nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft diese Blätter eine Druckschrift im Sinne des Preßgesetzes darstellten und daher der Name des Druckers bezw. des Verlegers darauf angegeben sein müsse. Der Verteidiger des Buchdruckers führte aus, daß eine Blatte keine Druckschrift im Sinne des Preßgesetzes sei, sondern lediglich den Interessen des Handels diene. Das Schöffengericht nahm jedoch an, daß eine Blatte, die, wie im vorliegenden Falle, wieder enthalte, allerdings eine Druckschrift im Sinne des Preßgesetzes sei. Der Buchdrucker wurde zu der geringsten Strafe, 1 M. Geldbuße, verurtheilt.

Bergmann August Siegel ist nicht geflüchtet, sondern hat, nach der „Westf. Freien Presse“, seine achtmönatige Gefängnisstrafe in Siegburg angetreten. Die gegenwärtige Nachricht der Telegraphenbureaus und der „Seltensirchener Arbeiter-Zeitung“ war also falsch. Uns war die falsche Nachricht gleichfalls aus Seltensirchen zugegangen.

Soziale Uebersicht.

An alle Arbeiter Berlins!
Nachdem der Buchdruckerstreik beendet, richtet die unterzeichnete Kommission an alle diejenigen, welche im Besitze von Sammellisten sind, die bringende Bitte, dieselben so schnell wie möglich abzuliefern, damit die von den Unternehmern ausgesperrten Gehilfen auch fernherin unterstützt werden können.

Ebenso bitten wir, die Sammlungen noch einige Zeit fortsetzen zu wollen, bis die Aussperrten Unterstützung gefunden haben werden.

Sammellisten und Gelder sind an H. Faber, Oranienstr. 10, in der Zeit von Vormittags 10 Uhr bis Abends 8 Uhr abzuliefern.

Die Streikkommission der Berliner Buchdrucker.

Achtung, Tischler! Die Kollegen der Nähmaschinen- und Möbelabriken von Laboren, Rixdorf, Knefbeckstr. 77, haben wegen außerordentlichen Lohnabzugs die Arbeit niedergelegt. Wir erwarten, daß sämtliche Kollegen dies berücksichtigen.

Näheres wird in der am Mittwoch, den 20. Januar, Abends 8 Uhr, bei Wiersing, Rixdorf, Knefbeckstr. 77, stattfindenden Tischler-Versammlung bekannt gemacht.

Die Werkstatt-Kontrollkommission des Fachvereins der Tischler Berlins und Umg.

Die Geschäftsleitung der Mechanischen Werkstatt von Michaelis u. Komp., Berlin, Melchiorstr. 6, verlangt von uns, daß wir die schwer erzwungene unzulässige Arbeitszeit wieder mit der 10 stündigen vertauschen und will den Stundenlohn insofern verkürzen, als sie für die zehnte Stunde nur die Hälfte des jetzigen Stundenlohnes zahlt. Wir haben insofern dessen die Arbeit niedergelegt und bitten um strenge Fernhaltung des Zugangs.

Das streikende Personal.

Die Nagelschmiede der Werkstatt der Wittwe Müller, Berlin, Charloisstr. 7, sind nach einer ungenügenden Meldung wegen Lohnminderungen, wodurch sie wöchentlich 8 M. Schaden erlitten, gemahngelt worden. In der Zuschrift wird um strenge Fernhaltung des Zugangs gebeten. Da dieselbe jedoch der Beglaubigung durch eine Organisation ermangelt, können wir eine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben vorläufig nicht übernehmen, und eruchen im Anschluß hieran wiederholt alle Arbeiter, von entstandenen Differenzen erst die Verwaltung ihrer Fach- oder die Streik-Kontrollkommission zu benachrichtigen, damit von dort her die Bekanntmachung erfolgt. Auf diese Weise wird für die buchstäbliche Richtigkeit solcher Nachrichten die erforderliche Garantie, soweit das möglich, geboten.

Die Töpfer in Lindow haben sich mit dem Unternehmer geeinigt. Letzterer hat den geplanten Lohnabzug um 5 pCt. ermäßigt. Zugug ist deshalb nur noch nach der Ofenfabrik von R. Böhm in Halle, ferner nach Klein-Möhlau, Maguhn und Bromberg fernzuhalten.

Die Vergleute von Saint-Chamond legen wegen Streitigkeiten mit den Gruben-Ingenieuren die Arbeit nieder und ersuchen nach der „Kölnischen Zeitung“ den Präsesen um Vermittelung.

Ueber den Rührberger Brauerstreik berichtet die dortige „Frankl. Tagespost“: „Wie die bürgerliche Presse mittheilt, haben die Brauerbesitzer die Vermittelung des Herrn Reichsraths Näger, der als zweiter Vorsitzender des Gewerbegerichtes von den Streikenden um Vermittelung angegangen wurde, zurückgewiesen und erklärt, daß der Streik für sie beendet sei, da an Stelle der freiwillig arbeitswilligen Gehilfen neue Arbeitskräfte eingestellt wurden. Damit scheint man sich auch der Forderung der Brauergehilfen auf Wiedereinstellung der Streikenden gegenüber ablehnend zu verhalten.“

Die arbeitslosen Rastener Erzarbeiter werden gemäß dem Beschlusse der am Sonntag in Dortmund zusammengetretenen Vertrauensmänner der Unterstufungskasse der rheinisch-westfälischen Vergleute von der letzteren bis aufs äußerste unterstützt werden.

Theater.

Dienstag, den 19. Januar.
Spernhaus, Dinorah.
Schauspielhaus. Der zerbrochene Krug.
Essing-Theater. Helga.
Deutsches Theater. Kollege Crampton.
Berliner Theater. Delfino.
Residenz-Theater. Madame Mon-
 godin. Vorher: Modestus Violet.
Wallner-Theater. König Krause.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Der Mikado.
Thomas-Theater. Lustschloffer.
Sollers-Theater. Der ledige
 Hof.
Abend-Theater. Der Reittungsball.
Adolph Ernst - Theater. Der
 Kanonenball.
Alexanderplatz-Theater. Schwarze
 Brüder.
Fernpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vor-
 stellung.
Bonhordia-Palast-Theater. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Eiskeller. Theater und Spezialitäten
 Vorstellung.

**Gratweil'sche
 Bierhallen.**
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich
 Auftritte der
Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Coupletsänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags
 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf.,
 Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-
 tisch à la Duval. 8 Regeldampfen
 6 Billards, 2 Säle. 1169L

Stabliement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Höbmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Anschank von Pagenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
Neu:
 Die fliegende
Geigen-Fee.
 Lebend, ohne Extra-Entree. Neueste
 musikalische Illusion. Vorstellungen:
 12 Uhr u. 1 Uhr. — 4, 5, 6, 7, 8 und
 9 Uhr Nachmittags.
 Kolossal-Gruppe: Bauern-Aufstand!
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Passage-
 Panopticum.**
Neu:
 Die
Sündflut
 mit Donner, Blitz, Regen
 und Windstößen etc.
 Viel neue Spezialitäten.
La belle Irene,
 die tätowirte Amerikanerin in
**Präuser's anatomischem
 Museum**
 nur noch kurze Zeit Kommandantenstr.
 Täglich für erwachsene Herren.
 Dienstag und
 Freitag für **Damen.**
 Ein großer Saal ist zu vergeben;
 auch Sonnabends und Sonntags.
 981b) **Wagon's Brauerei,**
 Prenzlauer Thor.

Verzinszimmer, 15 u. 50 Per-
 cent, zu vergeben. **Flida,** Simonstr. 23.
 Allen Genossen, Freunden und Be-
 kannten empfehle mein
Beih- u. Bairisch-Bier-Lokal.
Gustav Duwe, Brunnenstr. 67.
 Auch ist daselbst eine Zahlstelle z. verg.

Arbeitsmarkt.
 Barbierlehrling verl. sof. N. Meis-
 sel, Bockstr. 18. Mitgl. d. S. V. 1081b
 Geh. a. g. Regen-Baletts verl. 1083b
Schwärzel, Wallnertheaterstr. 36, S. II.
 Ein led. Parteigenosse, Schriftsetzer,
 31 Jahre, in letzter Stellung über neun
 Jahre, mit guter Handschrift, sucht
Vertrauensstellung.
 Offerten unter M. P. 15 besördert die
 Expedition dieses Blattes. 19042

Circus Renz.

Karlstraße.
 Dienstag, den 19. Januar 1898:
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Auf Helgoland“
 oder: Ebbe und Fluth.
 Große hydrologische Ausstattungs-
 Pantomime in 2 Abtheilungen mit
 National-Tänzen (60 Damen), Auf-
 zügen u. Ferner Dampfsschiff u. Boot-
 fahrten, Wasserfälle, Riesenfontänen mit
 allerlei Lichteffekten u., arrangirt und
 inszenirt vom Direktor E. Renz.
 Außerdem: Die eisernen Ritter
 des Mittelalters, dargestellt von
 12 Herren mit eigens dazu dressirten
 Schulpferden. Great Steeple Chasso
 von 6 engl. Vollblut-Springpferden,
 dressirt und vorgeführt von Herrn
 Franz Renz. Coriolan, geritten von der
 Schulleiterin Fräulein Oceana Renz.
 Quadrille de la grande Duchesse, ger.
 von 16 Damen. 4 Gebr. Briatore,
 Akrobaten. Mlle. Theresina auf dem
 20 Fuß hohen Drahtseil. Auftreten
 der vorzüglichsten Reitskünstlerinnen und
 Reitskünstler. **Romische Entrees** und
Intermezzo von sämtl. Klowns u.
 Täglich: Auf Helgoland.
E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.
Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlstr.
 Dienstag, den 19. Januar 1892:
 Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Brillant-Vorstellung.
 Speziell hervorzuheben:
Schnel-Quadrille, geritten von vier
 Herrn mit 4 Rapphengsten. Auftreten
 des Jockeyreiters **Mr. Victor Bodin.**
 Faust und Gretchen, in Freiheit dressirt
 und vorgeführt von Herrn **Ernst Schu-**
mann, zum Schluss eine Rundreise in
 60 Minuten mit den beiden Doggen
 Fritz und Baby. Auftreten des Salto-
 mortal-Reiters **Mr. Alexander.** Auf-
 tritt von den Klowns **Gebr. Chlanich.**
 4 Rapphengst in Freiheit vorgef. von
 Herrn **Max Schumann.** **Mr. Joe Hol-**
gini als Jongleur zu Pferde. **Abd-el-**
Kader, in der Kampagne-Schule geritten
 von **Frl. Adèle Schumann.** Pas de deux
 gracieux **Mis Adèle** und **Mr. Joe**
Hodgins. **Don. Entrees** sämtl.
 Klowns.
 Zum Schluss der Vorstellung:
M. W. oder **Berliner Kinder im Sommer**
 und Winter. Gr. Wasser- und Feuer-
 Pantomime mit großartigem Ausstattung
 und sensationellen Wasser, Licht- und
 Wasser-Effekten.
 Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem
 vorzüglich gewähltem Programm. Zum
 Schluss der Vorstellung: „M. W.“

Die Beleidigung gegen Frau Schacht
 nehme ich zurück, erkläre sie für bösigt
 anständig. 1026b **K. Schröder.**
 Die Beleidigung gegen Frau Köhler,
 Görtzgerstr. 44, nehme ich hiermit zurück
 und erkläre dieselbe f. e. rechtsschaffene
 Frau. 1026b **Frau Köhler.**

Künstliche Zähne 2 Mark.
 Plomben von 1,50 M. an. Schmerz-
 loses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden
 8-7 Uhr. Zahnarzt **Robert Wolf,**
 Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.

Deffentliche Volks-Versammlung
für Charlottenburg
 im Lokal „Bismark-Höhe“,
 am Mittwoch, den 20. Januar cr., Abends 8 Uhr.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Gewerbeschiedsgerichte. Referent: Reichstags-Abgeordneter
Tutzauer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 420/11 **Der Einberufer.**

Handlungsgehilfen und -Befehlsinnen!
 Dienstag, den 19. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr,
 im großen Saale der „Bock-Brauerei“, Tempelhofer Berg:
Grosse Protest-Versammlung
 gegen das Vorgehen des Magistrats
 in Bezug auf die Sonntagruhe im Handelsgewerbe.
 Referent: Reichstags-Abgeordneter **Paul Singer.** 177/20
 Kollegen! Erscheint Mann für Mann! Es gilt den letzten Kampf um
 die Sonntagruhe!
Der Einberufer.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.
 Heute Dienstag, den 19. Januar, Nachm. 2 Uhr:
General-Versammlung
 bei Röllig, Neue Friedrichstr. 44.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Kassiers und der Revisoren.
 4. Verschiedenes.
 Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Musikinstrumenten-Arbeiter.
 Am Sonntag, den 21. Januar cr., Mittags 12 Uhr, findet zum
 Besten des seit einem halben Jahr erkrankten Kollegen **Wilhelm Müller** eine
Malinee im **Kaufmann's Variété** statt.
 In Anbetracht des guten Zweckes werden die Kollegen ersucht, so viel
 wie möglich Billets abzugeben.
Billets vorher 30 Pf. An der Kasse 50 Pf.
 Billets sind zu haben bei den Kollegen **Wustrow,** Wienerstr. 51, IV;
Reumannstr. 78,
 492/7 **Der Vorstand.**

Unserm Kollegen
Karl Rausch
 zum Geburtstag ein donnerndes
 Hoch! Karl las gehen. 1028b
Hotel Wartburg.
F. B. E. B. P. P.

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten
 statt besonderer Meldung die traurige
 Nachricht, daß unser innigstgeliebter Gatte
 und Vater, der Maler 1040b
Heinrich Bülsen
 am 18. d. M. cr. nach kurzem, schwerem
 Leiden sanft entschlafen ist.
 Die Beerdigung findet am Donner-
 tag, den 21. d., Nachm. 2 1/2 Uhr, v. d.
 Leichenhalle d. Kranenb. a. Urban statt.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten die
 traurige Mitteilung, daß mein lieber
 Mann, der Strumpfwirker 1034b
Albert Müller
 am Sonntag, den 17. d. Mts., an der
 Lungenschwindsucht verstorben ist. Die
 Beerdigung findet am Donnerstag, den
 21. d. Mts., Nachm. 3 Uhr, von der
 Charite nach dem Andreas-Kirchhof zu
 Wilhelmsherg statt. Um stilles Beileid
 bittet die trauernde Wittwe
Auguste Müller.

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten zur
 Nachricht, daß mein Mann, der Klemp-
 ner **Julius Rochwaldfy,** in der
 Charite am 15. d. M. verstorben ist.
 Die Beerdigung findet von der
 Charite aus nach dem Charite-Kirch-
 hof am 19. d. M. Mittags 2 Uhr statt.
Fran Rochwaldfy und Söhne.

Danksagung.
 Sage allen Verwandten, Freunden und
 Kollegen meines verstorbenen Mannes,
 des Maschinenmeisters **August Wolff,**
 insbesondere aber dem Herrn Direktor
 und sämtlichen Mitarbeitern der A.
 B. Hagn'schen Offizin für die rege
 Theilnahme und reichen Kranzspenden
 meinen besten Dank. 1036b
Ww. Emma Wolff.

Danksagung.
 Allen Freunden und Genossen, be-
 sonders dem Gesangsverein „Gemüth-
 lichkeit“, meinen besten Dank für die
 rege Theilnahme bei der Beerdigung
 meiner lieben Frau.
 Berlin, den 18. Januar 1892.
Hermann Labb.

Gauverein Berliner Bildhauer.
Berjammlung
 am Dienstag, den 19. Januar cr.,
 Abends 8 1/2 Uhr,
 bei **Kossner, Annenstr. 16.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Manfred**
Wittich (Leipzig) über Göthe's Frau. 374/10
 2. Wichtige Beschlüsse.
Der Vorstand.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 235. v.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
General-Versammlung
 am Dienstag, den 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
 in **Joel's Saal, Andreasstraße 21.**
 Tages-Ordnung:
 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Rassenbericht für das
 4. Quartal 1891. 3. Wahl des Gesamtvorstandes. 4. Vortrag über: Die
 Bedeutung der Wahlvereine der sozialdemokratischen Partei. Referent **Genosse**
H. Gerisch. 5. Diskussion. 6. Vereinsmittheilungen. 7. Verschiedenes.
 Die arbeitslosen und kranken Mitglieder werden dringend
 ersucht, ihre reifenden Beiträge in den bekannten Zahlstellen
 unentgeltlich abzugeben zu lassen. 887/8
 Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist zahlreiches und pünkt-
 liches Erscheinen erforderlich. — Parteigenossen des 4. Kreises! Werdet Mit-
 glieder des Wahlvereins.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 19. d. M., Abends 8 Uhr,
 in „**Knebel's Salon,** Bad-Strasse No. 58:
Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Die freisinnige Agitation für Aufhebung des Alters- und Invalditäts-
 Gesetzes und die Stellung der Sozialdemokratie. Referent Reichstagsabg.
Carl Grillenberger. 2. Diskussion. 3. Vierteljahresbericht des Kassiers.
 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes und Fragelasten. — Das Mit-
 gliedsbuch legitimirt. 423/8
Der Vorstand.

Berlin. Streik-Kontrollkommission.
 Mittwoch, den 20. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Restaurant **Feuerstein** (Tunnel), Alte Jakobstr. 75:
Deffentl. Berjammlung sämtl. Delegirten.
 Tages-Ordnung:
 1. Rassenbericht. 2. Bericht über die z. Z. in Berlin stattfindenden
 Streiks. 3. Zur Taktik der Geldsammlungen. 284/13
 Die Generalkommissionen werden hierdurch aufgefordert, darauf zu achten,
 daß ihre Delegirten sämtlich in dieser Versammlung anwesend sind. Die
 jenigen Delegirten, welche nicht ihre Pflicht erfüllen, werden durch die Presse
 den Gewerkschaften bekannt gegeben.
 Der geschäftsführende Ausschuss der Berl. Streik-Kontrollkommission.
J. M. Hermann Faber, N. Antonstr. 34 v. part.

Fachverein der Tischler (Südwesten und Westen).
 Heute Dienstag, den 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 im kleinen Saale der Berliner Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
 Tages-Ordnung:
 1. Medizinischer Vortrag des Stadt. Dr. **J. Zadeck.**
 2. Diskussion.
 3. Vorschläge zu Werkstatt-Kontrollen für den Südwesten.
 4. Verschiedenes und Fragen.
 Gäste haben Zutritt. 824/11
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Bevollmächtigte.**

Deutscher Tischler-Verband.
Berjammlung für den Norden
 am Mittwoch, 20. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn
Hensel, Brunnen- und Invalidenstrassen-Ecke.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. Referent Herr **Theodor Metzner.**
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt.
Die Lokalverwaltung.
 825/11

Berein der Lithographen, Steindrucker und Berufs-genossen
 Deutschlands.
Achtung! Achtung!
Kombinierte Versammlung
 am Donnerstag, den 21. Januar, Abds. 8 1/2 Uhr,
 im Restaurant **Feuerstein, Alte Jakob-Strasse 75.**
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftliches. 2. Vortrag über den Organisations-Entwurf der
 Generalkommission in Hamburg. Referent: Herr **Glocke.** 3. Diskussion.
 4. Abrechnung vom Winterfest. 5. Abrechnung von der Matinee. 6. Verschiedenes.
 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersuchen
 207/20 **Die Verwaltungen.**

Gr. öffentl. Uhrmacher-Berjammlung
 am Donnerstag, den 21. Januar, Abends präzis 9 Uhr,
 in **Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79.**
 Tages-Ordnung:
 1. Welchen Werth hat die Verkürzung der Arbeitszeit? Referent: Herr
G. Kessler. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegirten zur Streik-Kontroll-
 kommission. 4. Wahl von Revisoren.
 Sämtliche Uhrmacher sind hierzu eingeladen.
 980b **Die Agitations-Kommission.**

Schneider u. Schneiderinnen!
Große öffentliche Berjammlung
 am Mittwoch, den 20. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
 im großen Saale der „**Arminhallen.**“
 Tages-Ordnung:
 1. Die außerordentlich schlechten Erwerbsverhältnisse des letzten Jahres
 und welche Maßnahmen gedenken wir für die Zukunft zu treffen. Referent:
 Kollege **A. Taoterow.** 2. Diskussion. 3. Der Arbeiterfang bei verschiedenen
 Konfektions-Firmen. Referent: Kollege **L. Pfeiffer.**
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller
 Kollegen und Kolleginnen dringend notwendig.
Die Agitations-Kommission.
 Der Zentral-Arbeitsnachweis und das Anknüpfungsbureau der
 Schneider und Schneiderinnen befindet sich **Markgrafen-Strasse 88** im
 Restaurant **Leopold.**

Achtung! Achtung!
Mitglieder des Vereins der Plätterinnen u. verw. Berufsg.
 Der Vorstand macht hiermit bekannt, daß die Kassierin, **Frau Schulz,**
Ordnungsstr. 4a v. IV. wohnt. Dieselbe ist zur Entgegennahme von Bei-
 trägen, sowie zur Auszahlung der Unterstützungen Montag und Donnerstag
 Abends von 8 bis 9 1/2 Uhr, sowie Sonntags von 10-12 Uhr zu sprechen.
 Ferner: Der unentgeltliche Arbeits-Nachweis des Vereins befindet sich
 jetzt **Reichmarktstr. 3** im Restaurant **Deber** und ist geöffnet des Morgens 8 bis
 Abends 8 Uhr (Wochentags), Sonntag Vormittags 10-12 Uhr.
 245/15 **Mit Gruß! Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
Mitglieder des Vereins der Plätterinnen u. verw. Berufsg.
 Der Vorstand macht hiermit bekannt, daß die Kassierin, **Frau Schulz,**
Ordnungsstr. 4a v. IV. wohnt. Dieselbe ist zur Entgegennahme von Bei-
 trägen, sowie zur Auszahlung der Unterstützungen Montag und Donnerstag
 Abends von 8 bis 9 1/2 Uhr, sowie Sonntags von 10-12 Uhr zu sprechen.
 Ferner: Der unentgeltliche Arbeits-Nachweis des Vereins befindet sich
 jetzt **Reichmarktstr. 3** im Restaurant **Deber** und ist geöffnet des Morgens 8 bis
 Abends 8 Uhr (Wochentags), Sonntag Vormittags 10-12 Uhr.
 245/15 **Mit Gruß! Der Vorstand.**

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

150. Sitzung vom 18. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: v. Stephan und zahlreiche Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1892/93 und zwar des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung; Referent ist Abg. Buhl. Die Budgetkommission hat die laufenden Einnahmen und Ausgaben genehmigt, dagegen bei den einmaligen Ausgaben einige Abstriche gemacht.

Bei dem ersten Titel der Einnahmen: Porto und Telegraphengebühren: 227 190 000 M. wünscht

Abg. Wilsch (Dfr.) eine weitere Ermäßigung der Telegraphengebühren und zwar auf 3 Pfg. für das Wort. Nach der Statistik müsse er betreiben, daß diese Ermäßigung hauptsächlich der Post und der Presse zu gute kommen würden, denn die Zeitungs- und Briefgebühren bilden nicht den größten Teil aller Postgebühren. Wenn der Worttarif ermäßigt würde, würde man nicht mehr jedes einzelne Wort auf die Golewage legen und dadurch würde sich bald der etwa eintretende Einnahmefall ausgleichen, wie die Ermäßigung von 6 auf 5 Pfg. sich schnell ausgeglichen hat. Die Vermehrung des Verkehrs wird allerdings auch mehr Beamte erfordern, aber der Reichstag wird stets, wenn es notwendig ist, mehr Beamte bewilligen, denn unter der geringen Zahl der Beamten leidet nur das Publikum. In welcher Weise werden aber die Postbeamten durch das Klebegefeß belastigt, ohne daß dafür ein Pfennig bezahlt wird? Redner empfiehlt dann die Ermäßigung der Gebühren für die „grünen“ Postaufträge, welche nicht mehr Arbeit machen als die „gelben“ Postaufträge, welche für 30 Pf. befördert werden.

Abg. Wachen (Zentr.) bemängelt die Strafverfügungen, welche den Mitgliedern des Postverbandes widerfahren sind. Der Verband will nur eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Postangestellten herbeiführen. Es ist nicht anzunehmen, daß mit dem harmlosen Statut irgend welche die Würde eines Beamten widerstrebende Dinge gedacht werden sollen; Redner habe die Zeitung des Verbandes durchgesehen, aber niemals etwas Verdächtiges gefunden. Redner bittet die Postverwaltung um eine öffentliche Erklärung, wie sie sich zu dem Vereine stellt; der Verband zählt jetzt 3500 Mitglieder, während die Beamtenklasse, um welche es sich handelt, etwa 18 000 Mitglieder zählt. Die Beamten haben das Gefühl, daß man ihnen das Recht, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, verklümmert, daß man auf Umwegen durch Maßregelungen den Verband, den man formell zu vertreten sich nicht für berechtigt hält, beseitigen will. Bezüglich der Sonntagsruhe ist, wie anerkannt werden muß, eine Besserung eingetreten, allein in manchen Fällen scheint doch die Sache nicht richtig angefaßt zu sein; mir sind wenigstens Vorlesungen bekannt, daß die Beamten zum Theile schlechter gestellt sind, als früher. Wenn das in dem Mangel an Beamten begründet ist, so ist doch dem leicht abzuhelfen, denn eine Erwerbs-Anstalt soll die Post durchaus nicht sein.

Abg. Wilmmer (Dfr.) weist auf den Mangel hin, der in dem Postverkehr zwischen Berlin und seinen Vororten besteht; Briefe über 15 Gramm müssen 20 Pfg. Porto zahlen, während Briefe innerhalb des Ober-Postdirektionsbezirkes Berlin, zu welchem auch Städte von Charlottenburg gehören, nur 10 Pfg. kosten, auch wenn sie über 15 Gramm schwer sind. Ebenso liegt es bei den Telegraphengebühren. Das alte Charlottenburg muß 200 M. bezahlen, das zur Ober-Postdirektion Berlin gehörige Charlottenburg aber nur 150 M. Hoffentlich wird die Postverwaltung nicht warten, bis einmal Groß-Berlin geschaffen sein wird, um eine Aenderung eintreten zu lassen. Die Postverwaltung könne ja für sich die Rolle des Pfadfinders in Anspruch nehmen, sie sollte auf diesem Gebiete vorangehen und den wirklich nicht mehr vorhandenen Unterschied zwischen Berlin und seinen Vororten auch in Bezug auf die Tarife beseitigen.

Staatssekretär von Stephan: Die Postverwaltung nimmt durchaus nicht die Rolle des Pfadfinders für sich in Anspruch. Wenn Charlottenburg postalisch zu Berlin geschlagen werden soll, so würden daraus große Schwierigkeiten entstehen; Charlottenburg würde das Berliner Stadtpostporto bekommen. Deshalb muß man warten, bis die politische Vertheilung beider Gemeinden auch wirklich eingetreten ist. Darin hat der Vorredner Recht, daß die Postverwaltung bestrebt sein muß, der raschen Entwicklung der Berliner Vororte nachzukommen. Die Zahl der Postämter hat sich für Berlin und seine Vororte auf

100 vermehrt; die Rohrpostanlagen sind ausgedehnt worden auf einen Theil der Vororte.

Abg. Lingen (Zentr.): Bei Anerkennung aller Maßregeln, welche zu Gunsten der Sonntagsruhe getroffen worden sind, ist doch hervorzuheben, daß für die Beamten nicht überall richtig geforgt ist. Die Beamten, welche Sonntags frei haben, müssen auch den vollen Sonntag frei haben; es darf also der Sonntagsruhe kein anstrengender Nachdienst vorangehen, welcher die Beamten hindert, Vormittags den Gottesdienst zu besuchen. In der Schweiz ist es gesehlich festgestellt, daß der Postbeamte 52 volle freie Tage haben muß, von denen 17 auf einen Sonntag fallen sollen. Eine solche Sonntagsruhe ist nicht nur religiös, sondern auch physisches Bedürfnis. Wo katholische Oberbeamte zu entscheiden hätten — deren es allerdings sehr wenig gäbe — da sei die Sache leicht zur Zufriedenheit der Beamten geordnet.

Abg. Bebel (Soz.): Es sind im Reichstage schon mehrfach Beschwerden darüber eingelaufen, daß Angehörige des Militärstandes den Zivil-Gewerbetreibenden Konkurrenz machen, so z. B. den Musikern. Ueberaus ist es, daß dies auch für Beamte anderer Behörden gilt. So treiben in Preußen nicht weniger als 18 000 Staatsbeamte als Nebenbeschäftigung Musik und machen als Musiker auf Wällen, Konzerten u. s. w. den Zivilmusikern Konkurrenz. Dies gilt nach den mir gewordenen Mittheilungen in hervorragendem Maße von den Postbeamten. Daß sie nicht aus Interesse an der Kunst diese Thätigkeit entfalten, unterliegt wohl keinem Zweifel; sie wollen mit dem Nebenverdienst ihr geringes Gehalt aufbessern. Dieser Zustand ist einer Reichsverwaltung nicht würdig; sie muß ihre Beamten, die ihre Pflicht und Schuldigkeit thun, so bezahlen, daß sie nicht zu solchen Nebenverdiensten zu greifen brauchen. Es wird gesagt, daß Theaterdirektoren u. A. mit großer Vorliebe solche Beamte nehmen, weil sie für diese, abgesehen davon, daß sie billiger zu bekommen sind, weil sie keine Gewerbesteuer zahlen, keine Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung zu zahlen brauchen. Es liegt im Interesse der Postverwaltung, daß diesen Uebelständen abgeholfen wird. Denn wenn die Leute nach einem gerade bei dieser Verwaltung besonders anstrengenden Dienste noch bis in die Nacht hinein dieser Nebenbeschäftigung nachgehen, so sind sie am anderen Tage nach einer unvollkommenen Nachtruhe nicht fähig, ihren Dienst mit der nöthigen Energie auszuüben. Eine solche Ueberanstrengung verursacht also eine frühzeitige Ausnutzung ihrer Kräfte und frühzeitige Pensionierung. Wenn dagegen eingewendet wird, die Verwaltung könne ihren Unterbeamten nicht verbieten, ihre freie Zeit nach ihrem Belieben auszunutzen, so ist das nicht stichhaltig. Auf die Beschwerden, welche Zivil-Musiker an mehrere Behörden gerichtet haben, sind sehr verschiedene Entscheidungen getroffen worden. Den Steuer-, Justiz- und Eisenbahn-Beamten in Braunschweig ist es verboten worden, als Musiker auf Wällen, Konzerten u. s. w. zu gehen, die Postverwaltung hat ein solches Verbot nicht erlassen. Diese nur aber die Gelegenheit ergreifen, um der mühseligen Konkurrenz und der unwürdigen Stellung, zu welcher die Postbeamten zufolge ihrer traurigen materiellen Lage gedrängt werden, ein Ende zu machen, wenn es nicht anders geht, durch eine Gehaltsaufbesserung und strenges Verbot der ferneren Ausübung dieser Thätigkeit. Außerdem möchte ich dafür eintreten, daß den Postbeamten, besonders den Schalterbeamten, die große Arbeit abgenommen wird, die ihnen aus dem Ausgeben der Marken für die Alters- und Invaliditätsversicherung erwächst. Der ganze Jahresumsatz bei der Post beträgt 247 Millionen Mark und das sogenannte Klebegefeß veranlaßt einen solchen von 100 Millionen in ganz kleinen Beträgen. Es ist vielleicht zweckmäßig, diese Arbeit und auch die Ausgabe von Wechselstempelmarken besonderen Büreaus zu überweisen. Was die Frage der Sonntagsruhe betrifft, so sind wir freilich dafür eingetreten, daß diesen viel und sehr schwer beschäftigten Beamten ein Ruhetag in der Woche voll und ganz gewährt wird, wie es in England z. B. schon erreicht ist; dadurch, daß keine Briefe am Sonntag ausgegeben werden, ohne daß der Handelsverkehr Englands, der den unrigen erheblich übertrifft, darunter leidet. Ob der Beamte die Kirche an diesem freien Sonntag besucht, oder ob er ihn nach seinem Belieben ausnutzt, überlassen wir in unserer Toleranz völlig dem Einzelnen.

Direktor im Reichs-Postamt Fischer: Von der hohen Wichtigkeit der Sonntagsruhe für die Beamten ist die Postverwaltung vollkommen überzeugt und es beruhigt mich, daß Herr Lingen, der nach dieser Richtung hin sehr viel fordernde, von den Einrichtungen der Postverwaltung ziemlich befriedigt ist. Daß ein Kapellmeister eines kleinen Städtchens sich beschwert über die musikalische Beschäftigung von Postbeamten, ist und bekannt;

zukommen sucht. Auch bei uns in Deutschland klammerten sich Schwächlinge an die Nothstände des norwegischen Posten und suchten in ihrer Art das Nora-Motiv, die Hingigkeit der Frau, zu beleuchten; und Gegner des Nora-Motivs sind in noch größerer Zahl erwachsen und spielten sich als gar grimmige Mächer der verlegten Sittlichkeit auf. Auch Paul Lindau war erst färglich mit seinem freibaren Lustspiel „Die Sonne“ unter die „Bläcker“ gegangen. Denn es ist sichtlich, daß die Frau wie ein Achsenbrodel am Herde hoch, es ist sichtlich, daß sie von Allem ausgeschlossen bleibt, worüber der Herr der Schöpfung, St. Majestät, der Mann, allein zu entscheiden hat, es ist sichtlich, daß sie sich duckt und in Demuth verhaart, es ist sichtlich, daß sie keine nicht in öffentliche Angelegenheiten mengt und wenn ihr zahlungsunfähiger Gatte sie wie eine hübsch-frisirte Puppe behandelt oder wie einen Papagei in einen vergoldeten Käfig sperrt, sie muß ihm dankbar sein. Wenn sie aber die Noth ihres Zustandes erkennt, dann allenfalls soll sie des schönen Spruches eingedenk sein: Verne zu leiden, ohne zu klagen.

Jedoch der Mensch, der Vertratte, schreit nun einmal, wenn man ihn zwinkt; und selbst der armen, stumpfen, gebückten polnischen Tagelöhnerfrau wurde es zuviel, als ihr Mann ihr einmal fast die Rippen entzweibrach. Jammernd trat sie vor den Richter und sagte: Daß mir mein Mann meine tägliche Tracht Prügel verordnet, ist billig und in der Ordnung. Aber zu arg sollte er es nicht treiben. Nirgends in der modernen Literatur findet die Sklaverei der Frau, ähnlich, nur noch gewalttamer, erschütternder wie in Nora, ergreifenderen Ausdruck, als in einem Aktluß des Anzengruber'schen Volksstücks vom vierten Gebot. Gebrochen, abgehärtet, bei aller Jugend sieht die Tochter aus einem Wiener Bürgerhause da; man hat sie zur Willenslosigkeit erzogen und als sie herangereift war, die Willensloste an einen vollkommenen, versenkten, aber zahlungsfähigen Patron vermahnt. Ihr Glend blieb nicht aus; und zur reichen, armen Bürgerfrau schleicht ein blaßes, schenes Mädchen von der Straße. Das Glend hat die Verlorene dahin gebracht, wo sie heute steht, zur Prostitution. Das ärmliche Kopfsuch hat sie überwunden und getraut sich kaum, die reiche, fränke Bürgerfrau anzusehen. Da bricht die Bürgerfrau in Schreien aus und rufi aus: Tritt näher! Wir beide gehören doch zu einander. Ich bin an einen verkauft, Du an mehrere! Das ist Alles! Auch Nora ist in gewissem Sinne eine Verkaufte. Ihr Gatte, der überaus sittenstrenge Advokat Helmer, der jedes Abweichen vom Korrekten, vom Hergebrachten, wie eine Todsinde betrachtet und in dessen spießbürgerlich-ver-

aber wir können nicht generell eine Verfügung dagegen erlassen, die tief in die Freiheit der einzelnen Beamten und Staatsbürger einschneiden würde. (Sehr richtig! recht!) Wo Ueber-treibungen stattfinden, wird die Verwaltung im Interesse des Dienstes einschreiten können. Ueber den Verband der Post-assistenten ist im vorigen Jahre ausführlich verhandelt worden. Die Postverwaltung hat erklärt, daß sie nicht dulden wird, daß man die Stellung der Postbeamten agitatorisch ausbeutet. Ver-sehungen von Beamten sind selten vorgekommen, und nur bei solchen Beamten, die an ihren Orten unhalbar geworden sind. Beschwerden über die Versehungen sind nicht an die Oberbehörden gekommen. Die Wünsche der Postbeamten auf Gehalts-erhöhungen sind nicht so leicht zu erfüllen, wie sie ausgesprochen worden. Es sind viele dieser Wünsche in den letzten Jahren erfüllt worden.

Abg. Stöcker hält eine Verbesserung der Sonntagsruhe für notwendig und möglich; namentlich sollte man die Nachmittagsstunden vom Dienst befreien, denn dadurch werde auch das Publikum befreit. Jedenfalls sollte man den Geldverkehr Sonntags einstellen. Wo jetzt die Sonntagsruhe den Privaten gegenüber scharf durchgeführt wird, müsse die Reichsverwaltung mit bestem Beispiel vorgehen. Unbedingt abgestellt werden müsse aber der Paketverkehr. Es sei ärgerlich, wenn man am Sonntag mit Paketen überschwemmt wird. (Geisterzeit.) Die Postbeamten lachten darüber nicht, sondern hätten eher Ursache Tränen zu vergießen. In Baden werde der Charfreitag noch als gewöhnlicher Geschäftstag betrachtet; das soll abgeändert werden. Redner bemängelt dann die niedrige Besoldung der Postagenten. Der Staatssekretär würde auf allen Seiten Entgegenkommen finden, wenn er zur Besserung der Sonntagsruhe der Beamten Geldmittel in Anspruch nehmen würde.

Staatssekretär von Stephan: Mit der vom Vorredner vorgeschlagenen Einschränkung des Beamtendienstes würden doch wohl nicht alle einverstanden sein. Die beim Sonntagsdienst beteiligten würden sich unter keinen Umständen für die Abschaffung desselben erklären. Die Postverwaltung würde sofort darauf eingehen, wenn es dem Vorredner durchzusetzen gelänge, daß am Sonntag Abend überhaupt keine Eisenbahnzüge abgehen. Bezüglich des Charfreitages kann die Postverwaltung nicht allein vorgehen, sie muß sich nach den landesgesetzlichen Vorschriften richten. Bei der badi-schen Regierung muß also eine Aenderung herbeigeführt werden. Wenn es keinen Finanzminister und keinen Bundesrath und Reichstag gäbe, so würde ich gern die Gehälter aller Beamten erhöhen. Die Gehälter der Postagenten sind erst im vorigen Etat erhöht worden.

Abg. Bebel (Soz.): Die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird noch lange auf sich warten lassen; ja, die Verhältnisse werden sich in den nächsten Jahren noch bedeutend verschlechtern. Für ihre Möglichkeit sprechen auch die in der preussischen Eisenbahnverwaltung durchgeführten Ersparnisse, von denen jüngst in der Presse die Rede war. Die Ansicht, das Gemüthsleben hänge von der inneren Zufriedenheit, nicht von den materiellen Interessen ab, ist ja sehr schön; aber da mögen doch die Herren im Hause selbst, die immer mit Wünschen zur Hand sind, wie die Agrarier, diesen Satz auf sich anwenden! Aus den mir zugegangenen Privatmittheilungen geht allerdings hervor, daß 18 000 Staatsbeamte sich durch Musikmachen einen Nebenverdienst zu verschaffen suchen; ich kann die volle Richtigkeit dieser Ziffer nicht vertreten, aber man kann sich doch einen ungefähren Begriff machen, wenn man liest, daß z. B. in Hannover vier Kapellen aus lauter Beamten zusammen-gesetzt sind, daß in Köln eine Kapelle nur aus Postbeamten besteht, daß in Braunschweig die verschiedenen Verwaltungen in Verordnungen ihren Beamten das Musikmachen als Neben-gewerbe verboten, hingegen die Post in dieser Beziehung eine recht weitgehende Latitudo zeigt. Die fraglichen Kapellen sind Abend beschäftigt; außerdem müssen sie doch auch Proben veranstalten. Hierfür bleibt nun keine Zeit als der Sonntag oder die Zeit nach Mitternacht. Wird ein generelles Verbot, wie es doch notwendig ist, erlassen, so wird natürlich unter jenen Beamten der Ruf nach Aufbesserung der Gehälter erschallen. Dieser Umstand ist es vermutlich auch, welcher die Postverwaltung veranlaßt, ihren Beamten das Musikmachen zu gestatten. Wenn die Postverwaltung erklärt: ein solches Verbot zu erlassen, heiße die Freiheit der Staatsbürger einschränken, so soll sie doch in Sachen der Vereins- und Versammlungs-freiheit ebenso streng denken. Was würde sie z. B. dazu sagen, wenn sie hört, ein Beamter wohne einer freisinnigen oder sozial-demokratischen Versammlung bei oder trete als Redner dafelbst auf? Dann wäre von einer Freiheit des Staatsbürgers nicht mehr die Rede.

Abg. Wachen: Eine Mißbilligung des Verbandes der Post-

Freie Volksbühne.

So hat die Freie Volksbühne nach den Kämpfen, die sie in den letzten Wochen zu bestehen hatte, am gestrigen Sonntag ihr Werk fortgesetzt und Ibsen's „Nora“ zur Darstellung gebracht, ein Drama, das einen gewichtigen Meilenstein in der Geschichte der literarisch-revolutionären Bewegung unserer Tage bildet. Keine Vorträge, keine Erläuterungen sind der Aufführung von Nora vorangegangen. Rein blos Agitator hat im gefüllten Versammlungssaal mit dem Zeigefinger darauf hingewiesen: „Seht diese Nora. Sie ist nur ein schwaches Weib, sozusagen ein hübsches Spielzeug für ihren Gatten. Als sie aber in tiefer Bekümmerniß vom Bewußtsein ihrer Menschenwürde entkommt wird, als es bligartig ihr Hirn durchfährt, was sie war und wie man mit dem Recht ihrer Selbstbestimmung verfahren sei, da wächst das schwache Weib zur großen Anklägerin auf, sie fühlt die Kraft eines Sinfonis in sich und stürzt an dem Säulendach des Gebäudes, auf dem die Philister folgten.“

Wie gesagt, keine öffentliche Erörterung hat sich im Verein Freie Volksbühne an das Nora-Motiv geknüpft, keine der Frauen, über die der Staat selber denkt, wie der korrektere Bürgerliche Gatte Nora's, der brave Advokat Helmer, hat in der Vereinsversammlung für ihre kämpfende Mißweisung in Nora Mitleid und Erregung bezeugt, — wie würde sie auch so unpolitisch sein, politisch zu werden! — und doch hat die Kraft der freibaren Idee die unerbittliche Logik der dramatischen Handlung unmittelbar gewirkt und gezündet. Die Geschichte des Drama's Nora bedeutet eben mehr als ein Stück ästhetischer Geschichte. Sie wird in der Literaturgeschichte der modernen Menschheit nicht unwahrscheinlich bleiben können. Als die Dichtung erschien, erregte sie einen so lebhaften Sturm bei Laien und Pfaffen, daß die Dunkelmänner, wie die wohlbesetzten Hüter der öffentlichen Ordnung nicht Baumfällige genug gegen sie aufbringen konnten. Die Vorgesetzten, die geistig Freisten in der bürgerlichen Frauenvwelt sahen in „Nora“ ihr eigenes Gesicht verkörpert. Was sie zähneknirschend ertrugen, den gemtenschweren Druck der Tradition, die dem Denksaule heilig gilt, weil sie Jahrhunderte lang gegolten hat, daß sehen sie durch die Energie Nora's gebrochen; und rasch verbreitete sich die merkwürdige Dichtung und ihr Geistesinhalt durch die zivilisierte Welt; denn die künstlerische Darstellung eines ge-billigten Mißbrauchs findet ein weit größeres Publikum, als die wissenschaftliche Forschung etwa, die dem Mißbrauch kritisch bei-

trocknetem Gemüth keine Ahnung davon ausdämmert, wie ein arnischtes Menschenkind dazu gezwungen werden kann, das Persönliche zu zerbrechen, behandelt seine Frau, wie sein Vater, Großvater und Urahn schon thaten. Sie ist seine Krone, sein Glück, sein Reichthum. Er redt sie in eine Puppenstube — „Puppenheim“ heißt das Stück bei Ibsen mit symbolischer Bedeutung — nur ihn soll sie erfreuen, nur für ihn soll sie glänzen, sein kostbares Spielzeug, die Erbeiterung seiner Ruhesunden, seine Augen-weide. Als nun ein trübes, schwarzes Gesicht dieser Nora, — im Grunde eine reiche, stolze Frauenseele, — die Augen öffnet und sie die Schmach erkennt, mit der man ihre Menschenwürde belastet hat, als sie wahrnimmt, daß sie eigentlich im Harem, freilich im monogamischen, gelebt hat, da erfaßt sie Ingrimm und Gel.

Ein Wunder ist an ihr geschehen, sie hat hellsehen gelernt und in ihrer ganzen Unerträglichkeit erschaut sie die geistige Noth, in der sie bisher geschmachtet. So verläßt sie den Gatten und sein Puppenheim. Der gute Helmer aber steht ihr blöden Auges nach. Er hat sie doch gut behandelt und allezeit für Kost und Kleidung geforgt. Was braucht sie Selbständigkeit, wozu ein eigenes, besonderes Leben. Warum will sie sich um mehr bekümmern, als um Küche und Strickstrumpf. Merkwürdige Frau das! denkt Helmer in seinem korrekten, aber beschränkten Sinn.

In der Darstellung am Bellealliance-Theater, die nach jedem Akt von lebhaftem Beifall begleitet war, ein Beweis, daß die Absichten der Dichtung Nora auch ohne vorherige Vorträge auf reich empfänglichen Boden fielen, über-raschte mich Fräulein Ida Müller als Trägerin der Titelrolle. Es bleibt immer eine Erquickung, zu sehen, wie ein Mensch, fast übermüdet in täglicher Handwerksarbeit, von neuer, junger Kraft befeet ist, wenn ihn eine feier-tägliche Aufgabe anspornt. In hartem Logenwerk, von den vor-nehmen Bühnen vernachlässigt, muß Fräulein Müller thätig sein. Ihr winkt kein Ruhm und wahrlich keine färgliche Gage. Da fällt ihr mit der Nora eine Aufgabe zu, die fern von dem Weg der Routine liegt. Ihr künstlerischer Sinn belebt, erstrebt sich und so schafft sie eine Nora, wie ihr manche, vom Glück ver-wöhntere Kollegin an „angesehenen“ Theatern sie nicht nach-spielt, zumal mit dem frohen, beweglichen Temperament im ersten Akte. Neben dieser charakteristischen Nora freilich verblähten die Leistungen der Herren Stöber (Helmer), Ruff (Hans) und Schibitz (Krogstad), die weit scharfer hätten charakterisieren können.

Cyriac.

assistenten ist auch heute nicht ausgesprochen worden; ich stelle also fest, daß die Postverwaltung nichts dagegen hat, daß die Postassistenten diesen Verband beitreten. (Widerspruch des Staatssekretärs v. Stephan). Dann bitte ich den wirtschaftlichen oder rechtlichen Grund, der dagegen spricht, anzugeben. Wenn die Vorstandsmitglieder des Verbandes pünktlich im Interesse des Dienstes verfehrt werden, wie sollen sie sich beschweren? Ein Postassistent ist gekündigt worden „wegen Ungehorsams“, der darin bestanden haben soll, daß derselbe ein Zirkular für den Verband versendet hatte. Der Verband ist nicht verboten und der Staatssekretär hat nicht erklärt, daß er ihn verbieten wird, deshalb ist die Befehlsung des Zirkulars nicht dienstwidrig und kein Ungehorsam. Bezüglich der Sonntagsruhe hat mir ein Postbeamter mitgeteilt, daß er nur jeden dreizehnten Sonntag frei hat; ein anderer hat mir erklärt, daß er nur Sonntag Nachmittags frei hat. Der Staatssekretär sollte einmal die Grundfrage klar legen, nach denen bei der Gewährung der Sonntagsruhe für die Beamten vorgegangen wird. Die Postverwaltung sollte mit gutem Beispiel vorangehen und die Paket- und Geldbestellung aufheben lassen, die ein Vergerniß für die Katholiken sind. Vielleicht werden die Verhältnisse, wie sie sich jetzt entwickeln, den Herrn Staatssekretär ermöglichen, sich bald auf einen anderen Boden zu stellen. Wenn die Geschäftszeit ihren Sonntagsverkehr einschränkt, dann wird auch die Postverwaltung dasselbe thun können. Zur Zufriedenheit der Beamten wird das jedenfalls dienen. Die Postbeamten sind noch nicht der Sozialdemokratie verfallen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten: Wir sind zufrieden), sie werden ihr auch nicht verfallen, wenn sie sehen, daß die Regierung und die anderen Parteien für sie sorgen.

Direktor im Reichspostamt Fischer: Das Ziel der Postverwaltung ist seit mehr als 10 Jahren dahin festgestellt worden, daß jeder dritte Sonntag ganz oder von drei Sonntagen zwei halbtage sein sollen für jeden Beamten; dieses Ziel ist für 99 1/2 pCt. der Beamten erreicht. Bezüglich des Postassistenten-Verbandes will der Vorstand uns vor ein Dilemma stellen, entweder verbietet den Verband oder Ihr billigt ihn. Wir billigen den Verband nicht, weil wir aus der Erfahrung wissen, wohin solche Vereine führen: es werden Ziele aufgestellt, die nicht erreicht werden können, es werden Lebensversicherungen aufgenommen, die nicht zu halten sind. Wir wollen nicht dulden, daß für den Verband der Dienst benachteiligt wird, was dadurch geschieht, daß Dienststreifen zur Agitation benutzt werden. Darüber kann keine berechtigte Beschwerde erhoben werden.

Abg. Richter: Das Verfahren gegenüber dem Verbande ist nicht gerechtfertigt. Wenn der Verein nicht verboten wird, aber jeder Beamte verfehrt wird, welcher in den Vorstand des Vereins kommt, so erzeugt das die größte Unzufriedenheit. Das die wirtschaftlichen Ziele des Vereins unerreichbar sein sollen, ist ein neuer, bisher nicht vorgebrachter Grund. Die Frage der musikalischen Nebenbeschäftigung der Beamten kann man nicht lösen, ohne die Frage jeder gewerblichen Nebenbeschäftigung für Beamte zu regeln. Der Schwerpunkt der Mühseligkeit liegt aber in der Militärmusik, durch welche die Zahl der Musiker künstlich vermehrt wird. Die Bestrebungen zur Verbesserung der Sonntagsruhe theile ich; aber man diskreditirt diese Bestrebungen, wenn man sie so überreibt wie Herr Stöcker. Nach seinen Ausführungen müßte auch die Geistlichen ihre Thätigkeit am Sonntag einstellen, Taufen, Trauungen und feierliche Vereidigungen unterlassen. Welche Konsequenzen folgen aus diesen kirchlichen Akten? Zur Vereidigung treffen Sonntags Kränze ein, bei Taufen und Trauungen muß die Verlobung der Festigkeiten gesorgt werden. Schließlich käme man nach Herrn Stöcker dahin, daß alle Welt über den Sonntag hinwegdämmert. Eine Thatfache können Sie nicht aus der Welt schaffen, daß Sonntags Menschen geboren werden, und zwar der siebente Theil der Menschheit, und sterben. Das hat immer einen gewissen Telegraphenverkehr im Gefolge. So schrecklich ist die Geldbestellung am Sonntag doch wohl nicht. Wer nicht will, braucht es nicht zu nehmen; wer das Geld braucht, wird den Geldbriefträger auch am Sonntag willkommen heißen. Am Sonntag-Nachmittagsverkehr haben die Geschäftsleute kein Interesse, sondern gerade die kleinen Leute, welche in der Woche absolut keine Zeit haben: die Soldaten, Dienstboten u. s. w.

Abg. Ulrich (Soz.): Wenn die Postverwaltung sich auch wirklich Mühe giebt, die materielle Lage ihrer Beamten zu verbessern, so thut sie dies nur, weil sie fürchtet, sie würden sonst in das Lager der Sozialdemokraten übergehen, wie es ja thatsächlich auch der Fall ist. Was die Sonntagsruhe anbetrifft, für die wir natürlich voll und ganz eintreten, so meine ich, kann es der Verwaltung gleichgültig sein und den Beamten überlassen bleiben, ob sie in die Kirche gehen oder in eine sozialdemokratische Versammlung. In Betreff des Zeitungsverkehrs der Post scheint schon seit einiger Zeit die Absicht zu bestehen, denselben einzuschränken; so ist in dessen die Verfügung erlassen, daß Ueberweisungen an einzelne Personen überhaupt nicht, sondern nur an Adressirten gestattet sein sollen, und hier auch auf 10 pCt. der Postabnehmer beschränkt. Doch glaube ich, wird hierbei ein Unterschied zwischen sozialdemokratischen und Amtsblättern gemacht, und wird die Praxis auch bei den einzelnen Postanstalten verschieden gehandhabt. Die Post müßte für alle gleiches Recht wahren lassen und den Verkehr nach Möglichkeit erleichtern.

Abg. Sanhammer tadelt, daß bei den Postanstalten oft das Geld ausgeht und man zwei Tage und länger warten muß. Bezüglich der Sonntagsruhe weist der Redner darauf hin, daß er auf dem Rheinseider Hofe in Partenkirchen bei Herrn Stöcker sehr gut am Sonntag bewirthet worden sei; daß dort am Sonntag auch Vorräthe angekommen seien.

Damit schließt die Debatte; die Einnahmen werden bewilligt, ebenso der größte Theil der Ausgaben ohne Debatte.

Bei den Ausgaben für die Landbriefträger bittet

Abg. Singer, die traurige Lage der Landbriefträger, dieser Paria im Postdienst zu verbessern; ihnen würden Aufgaben zugewiesen, die kein Mensch erfüllen könne. So sei ihm ein Fall aus Kosenberg berichtet worden, wo ein Landbriefträger täglich 45 Kilom. zurückzulegen habe und eventuelle Pakete nicht aus der nächstgelegenen Postagentur, sondern aus dem neun Kilometer weiter entfernten Postamt besördert werden müßten. Von Sonntagsruhe könne man in vielen Fällen überhaupt nicht sprechen. Diesen Beuten muß bei ihrem überaus schweren Dienste bald eine Vergünstigung zu Theil werden. Nachdem sie sechs bis acht Jahre Dienst geleistet, werden sie untauglich und fallen dem Pensionsfonds zur Last.

Direktor im Reichspostamt Fischer: Mit der Reform des Landbriefträgerwesens, die jetzt abgeschlossen ist, ist auch die Arbeitslast der Landbriefträger erheblich vermindert worden. Die größten Leistungen der Landbriefträger belaufen sich nach der mir vorliegenden Statistik auf 22 Kilometer; für die Sonntagsruhe ist ausreichend gesorgt. Gesundheitsschädlich ist der Dienst der Landbriefträger nicht.

Abg. Singer: Ich wollte nur die mir wahrheitsmäßig erscheinenden Mittheilungen zur Kenntniß bringen, weil ich keinen anderen Weg weiß, um solche Dinge an der richtigen Stelle zur Sprache zu bringen. Eine Kritik habe ich daran nicht geknüpft. Wenn die Minimalleistung 22 Kilometer beträgt . . . (Durchschnittlich), also was nützt es, wenn 22 Kilometer die Durchschnittsleistung sind, dann dem, der 30 oder 40 Kilometer zu machen hat, daß ein Anderer 10 bis 16 Kilometer macht? Welches ist denn die höchste Leistung der Landbriefträger? Bieleicht wird gegen die Meinung der Zentralverwaltung von einem einzelnen Vorgesetzten ein größerer Anspruch erhoben. Wer hat denn das Maß der Arbeit zu bestimmen? Besteht eine generelle Verfügung oder wird das von jedem Postamt besonders angeordnet?

Abg. Dietrich: In dem von mir erwähnten Falle handelte es sich nur um zu Fuß zurückgelegte 45 Kilometer.

Abg. Hinz: Den Soldaten werden (nur 21—22 Kilometer täglich zugewiesen; dabei ist der vierte Tag ein Ruhetag. Man kann einem Landbriefträger höchstens 30 Kilometer täglich zumuthen.

Staatssekretär von Stephan: Ein Normalmaß haben wir nicht, da die Wege ganz verschieden sind. 30 Kilometer werden wohl das höchste sein, was geleistet werden muß. Daß der Dienst nicht so schwer ist, geht daraus hervor, daß der Andrang ein großer ist. (Lachen links; Jurat: Der Hunger!) Die Diskussion dreht sich jetzt darum: Wenn das wahr ist! Ja wenn! (Weiterkeit.)

Bei der Ausgabeposition für die von der Post zu leistenden Entschädigungen für die Verluste infolge von Veruntreuungen durch Beamte bemerkt

Berichterstatter Abg. Wuhl: Gehört auf Mittheilungen der Zeitungen, treten Zweifel an der Integrität der Postbeamten hervor. Der Regierungskommissar hat aber an der Hand angemessener Materialien nachgewiesen, daß bei den großen Summen, welche durch die Hände der Postbeamten gehen, und bei der Wichtigkeit, Veruntreuungen zu vermeiden, die Anzahl der wirklich vorgekommenen Unterschlagungen und Verluste eine sehr geringe ist. So betrug bei einem Umsatz von 1900 Millionen Mark im Jahre 1890 die Summe, welche veruntreut wurde, nur 82 000 M. Auch sonst zeigt die Statistik eine stetige Abnahme der von den Postbeamten begangenen Veruntreuungen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums. **Schluß 5 1/4 Uhr.** Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Vorlage, betr. die Vergütung des in Transpülägern vorhandenen Getreides; Etat).

Lokales.

Den Schandartikel der bürgerlichen Presse gegen die Wärmestuben haben wir schon gebührend beleuchtet. Wir wir würden konstatieren wollen, daß der Artikel nur in einem „freisinnigen“ Blatte Aufnahme gefunden, in der — „Vossischen Zeitung“ — welche denselben abdruckt, ohne auch nur ein Wort der Abwehr zu finden. Einigen anderen liberalen Blättern war die Sache doch zu bunt, sie rüfften sich empor zu schicktern Protesten, die in dem Wunsche ausklangen, daß man doch nur nicht so unvorsichtig sein möge, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Einer unserer Leser schildert uns seinen Besuch in einer der Wärmestuben, in der die Arbeitsscheuen den Tag in lächerlicher Nichtthun auf Kosten der Wohlthätigkeit verbringen.“ Wir geben aus seinem Bericht folgende Stellen wieder: In dem Winkel am Ofen hockten einige sadenscheinige Gestalten, welche so fest eingeschlafen waren, daß sie nur mit Noth und Mühe aufgeweckt werden konnten. Die armen Kerle hatten die Nacht über kein Obdach gehabt und waren nun, von Müdigkeit überwältigt, so fest eingeschlafen, daß sie den Untergang der Welt im Schlaf erlebt haben würden. Und wie sahen die Menschen aus: Beschnupft, abgerissen und halb verhungert machten sie den Eindruck von Kirchhofskandidaten. Ich redete einen der Armen an und erkundigte mich, wie er in diese traurige Lage gekommen sei. Der Mann schien auf's Höchste erstont darüber, daß sich überhaupt jemand die Mühe nahm, sich nach ihm zu erkundigen. Seit Wochen hatte er soviel Mitleid nicht gesehen. Die alte Geschichte: arbeitslos, ohne Geld, ohne Unterhalt, — er war dem Untergang nahe. Seit einem vollen Tage hatte der Mann keinen Bissen gegessen. Ich bestellte einen Napf der berühmten Erbsenmehlsuppe, die der Arme nicht aß, sondern wirklich begehrtig verschlang. Am anderen Ende der Bank hielten drei Männer, anscheinend Erdarbeiter, einen großen Rath ab. Endlich hatten sie einen Entschluß gefaßt. Jeder durchsuchte auf's emsigste seine Taschen und jeder deponirte sein Vermögen, — es kamen ausgerechnet 15 Pfennig zusammen. Wenn der oben erwähnte Artikel Recht hätte, dann müßten diese „Arbeitsscheuen“ ihr „Kapital“ sofort in Alkohol angelegt haben. Das geschah aber nicht, sondern der „Sprecher“ der Gesellschaft holte einen Napf Suppe und zwei Schrippen. Diese wurden in die Suppe „eingebrocht“ und nun ging das „Speisen“ los. Der Dösel wanderte von der einen Hand nach der anderen, mit solchem Hunger ist wohl selten gesehen worden. Es herrschte aber auch eine sorgfältige Kontrolle, damit keiner der drei Gesellschaftler einen Bissen mehr hinunter schluckte, als der andere. Da kam mit freudetrübender Miene ein Mann in das Lokal. Man sah es ihm an, er freute sich des Lebens. Und er hatte auch allen Grund dazu, denn das Glück war ihm günstig gewesen! Er hatte „gesodnet“, ohne daß ihm ein Schmutzmann beim Krugem gepackt hätte, und sofort theilte er sein Einkommen mit seinen Nachbarn: drei Stullen, zwei Schrippen, eine Hand voll Käsefeste . . . die Gesellschaft „schwelgte“, — diejenigen, für welche nichts mehr übrig geblieben war, saßen voll Bier nach den sich bewegenden Kinnbäden. Ich habe schon viel Glend und Noth gesehen, aber hier, angefaßt solch' schauderhafter Zustände, wurde mir wirklich weh ums Herz. Als ich mich eben zum Gehen wandte, trat ein junger Mann zu mir heran. Manieren eines Gebildeten, Kleidung eines Streiflers. Also einer vom „geistigen Proletariat“! In wohlgefehrter Rede bot mir der Jüngling sein Portemonnaie zum Kauf an für — 10 Pfennig. Er versicherte mir, daß dieses Portemonnaie wirklich ihm gehöre, daß es das Letzte sei, was er als sein „Eigentum“ beizubehalten könne, daß er es aber trotzdem gern verkaufe, weil ihm eine — Suppenmarke mehr werth sei, als sämmtliches Eigenthum der Welt. Ich verzichtete darauf, das „Geschäft“ abzuschließen, schenkte dem Mann 10 Pfennig und sah, wie er damit sofort nach der Suppenausgabe lief. — Das sind die Eindriebe, die ich aus der Wärmestube mitgenommen habe. Als ich dieselbe verließ, konnte ich einen kräftigen Fluch nicht unterdrücken. Dieselbe galt natürlich nicht den Wärmestuben, sondern der Gesellschaftsordnung, die solche menschenunwürdige Zustände hervorbringt.

Obdachlos! Der Polizeibericht brachte jetzt an ein und denselben Tage folgende Notizen:

Am 9. d. M., Vormittags, sprang ein obdachloser Rau mann in selbstmörderischer Absicht bei der Admiraalbrücke in den Landwehrkanal, wurde jedoch noch lebend herausgezogen und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Am 10. d. M., Abends, versuchte ein obdachloser Arbeiter auf der Wache des 22. Polizei-Reviers, Holzmarktstraße 8, sich zu erhängen. Er wurde jedoch noch rechtzeitig losgeschneitten und nach der Charité gebracht.

Also zwei Obdachlose, denen das elende Leben doch zu elend geworden war. Die Trübsal! Wie hätten sie sich noch amüßern können in diesem göttlichen Berlin. Wärmestube, Speisemarkt, Speisemarkt, Wärmestube, Kgl. für Obdachlose und so fort von einem Vergnügen zu dem anderen . . .

Doch Scherz bei Seite! Wie der obige Polizeibericht meldet, wollen zwei Menschen nur deshalb ihrem Leben ein Ende machen, weil sie obdachlos sind. Mitte Januar obdachlos in Berlin umher zu irren, ist allerdings das Schrecklichste der Schrecken und der Wunsch, einem solchen erbärmlichen Dasein ein gewaltsames Ende zu bereiten, ist wahrhaftig voll begründet. Diesen Eindruck können auch die gutgenährten Herren im Lalar nicht abschwächen, die dann mit der letzten Moral hintreten und auszuführen versuchen, daß Niemand das Recht habe, das Leben, das ihm geschenkt worden sei, freiwillig von sich zu werfen.

Ja, ist denn das überhaupt noch ein „Leben“? Wir müssen diese Preisfrage verneinend beantworten. Ohne Arbeit, ohne Nahrung, ohne Obdach, in einem solchen Zustande hört das „Leben“ einfach auf. Ob nun der „obdachlose Kaufmann“ und der „obdachlose Arbeiter“ mit der heutigen Gesellschaftsordnung auf dem Kriegsfuß gefunden haben oder nicht, thut wenig zur

Sache. Daß aber diese „göttliche“ Ordnung Menschen noch schlimmere Schicksale erleiden läßt, wie die Thiere, ist grausam, daß sie aber Menschen geradezu in den Tod hebt, ist brutal.

Von dem Vorstand des Wahlvereins für den fünften Reichstags-Wahlkreis geht uns folgendes Schreiben zu:

In der Streitsache Münster, Gollnowitz 20, Iontra Stad-jewski in Sachen einer Sammlung zu Gunsten der Buchdrucker in dem Lokale des oben genannten Wirthes, hat der Vorstand des fünften Wahlvereins in einer Sitzung, der beide Parteien mit anwohnten, folgenden Beschluß gefaßt: Die Streitsache, welche zu einer dem Gastwirth Münster schädigenden Bekanntmachung im „Vorwärts“ führte, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß beide Parteien aus Mißverständnis zu schroff gegen einander aufgetreten. Es hat sich ergeben, daß der betreffende Wirth nicht direkt gegen Arbeiterintereessen verstoßen hat, und ist der betreffende Artikel des „Vorwärts“ hiermit widerrufen. Für künftige Fälle sei den Genossen empfohlen, derartige Sachen stets dem Lokalkommissions-Mitgliedern des betreffenden Kreises zu unterbreiten. Der Vorstand.

Hausfuchung. In der Druckerei von M. Schrimmet, Brunnenstraße 127, wurde gestern nach der neuen Auflage des Liederbuchs gehäusucht. Die Hausfuchung erstreckte sich sogar auf die Privatwohnung des Druckers. Gefunden wurde nichts, nur leeres Druckpapier wurde beschlagnahmt. (?) Das gesammte Personal wurde von sechs Kriminalbeamten zur Wache geführt.

Das Geirathen im Untersuchungsgefängniß scheint jetzt in Mode zu kommen, denn in nächster Zeit soll in der Moabiter Verwahrung-Anstalt wiederum ein Ehebund geschlossen werden. In diesem Falle ist der Bräutigam eine sehr bekannte Persönlichkeit, denn es ist der verachtete Bankier Hugo Löwy, während die Braut die in der Affäre Löwy seinerzeit vielgenannte Konfektionistin Helene Goldstein ist. Der standesamtliche Akt des Paars ist bereits erfolgt.

Zwei Kinder beim Schlittschuhlaufen ertrunken! Schon wieder hat der Eisport zwei Opfer gefordert. Die beiden jüngsten Kinder, ein Knabe von 10 und ein Mädchen von 8 Jahren, des in Berlin wohnenden Ingenieurs Walzahn, welcher sich am Freitag besuchsweise mit seiner Familie bei seinem in Köpenick wohnenden Schwager aufhielt, gingen in der vierten Nachmittagsstunde nach dem Langen See hinunter, um auf denselben Schlittschuh zu laufen. Trotz der aufgestellten Warnungstafel, nach denen das Laufen auf dem See nur erst nach polizeilicher Abnahme desselben gestattet ist, wagten sich die beiden Kinder in die Mitte des Sees hinaus; doch kaum hatten sie dieselbe erreicht, da brach auch schon die noch morsche Eisdecke zusammen und vor den Augen des Mädchens versank der Bruder in die Tiefe und war sofort unter der Eisdecke verschwunden. In ihrer Angst wollte nun das Mädchen ihrem Bruder zu Hilfe eilen, brach aber gleich darauf ebenfalls ein und fand ihren Tod in den Wellen. Zwei auf dem See beschäftigte Eisarbeiter, welche aus der Entfernung den Vorfall mit angesehen hatten und schnell zur Unglücksstelle eilten, kamen mit ihrer Hilfe leider zu spät. Die Kinder waren nicht mehr aufzufinden.

Bissos verbrannt in Mitten des Häusermeers der Millionenstadt ist gestern Vormittag in ihrer Wohnung Plantagenstraße 43 die 71jährige Wittwe Krause. Dieselbe hatte, soweit sich feststellen ließ, mit einem Licht einen Ofen anheizen wollen, hierbei war die leichte Morgenkleidung der Unglücklichen in Brand gerathen, der Schreck hatte die Frau demüthlos gemacht und Rauch und Flammen ihr den Tod gegeben, ehe man in dem dicht bewaldeten Hause auch nur eine Ahnung von dem Unglück hatte. Als man endlich den immer stärker werdenden Rauch bemerkte und gegen zehn Uhr früh mit der alarmirten Feuerwehr in die Wohnung drang, fand man nur noch den schon vollständig verkohlten Leichnam vor. Der noch immer schwelende Fußboden wurde von der Feuerwehr bald abgelöscht.

Ein Selbstmordversuch durch Verbrennen, der zugleich die Mitbewohner des Hauses, in welchem der Lebensmüde ein möblirtes Zimmer inne hatte, in die größte Lebensgefahr brachte, wurde vorgestern Abend gegen 10 Uhr von dem Kommis Brandes begangen. Der 26 Jahre alte, unverheirathete Mann wohnte im Hause Köpstr. 24, dritte Etage, bei der Wittwe Biering und war im Kaiser-Bazar angestellt. Am Sonnabend Morgen war Brandes, wie gewöhnlich, von Hause fortgegangen, um sich ins Geschäft zu begeben, Mittags aber nicht, wie sonst, zurückgekehrt. Erst Abends gegen 9 1/2 Uhr hatte er sein Zimmer aufgesucht und soll beim Hinaussteigen der Treppen Nachbarn gegenüber geäußert haben, es wäre am besten, wenn er sich erschießen würde. Die Angeredeten legten jedoch auf diese Worte des allem Anschein nach etwas besonnenen jungen Mannes kein Gewicht. Brandes aber hatte sich wahrscheinlich die in Folge des Konkurses der Kaiser-Bazar-Aktien-Gesellschaft erfolgte Kündigung seiner Stellung sehr zu Herzen genommen und meinte es mit jener Aeußerung bitter ernst. Er war beim Nachauskommen äußerst erregt und hatte sich gewiß zu dem beabsichtigten Selbstmord im Laufe des Nachmittags „Muth“ getrunken. Er begab sich in sein Zimmer und uicht lange darauf bemerkten Passanten der Köpstraße, daß aus den Fenstern in der dritten Etage dichter Rauch hervorströmte. Im gleichen Moment wurden dort oben mehrere Scheiben eingeschlagen und es zeigten sich Frauen und Kinder, welche ängstlich um Hilfe riefen, da sie in Gefahr seien, zu erstickten. Gütig wurde die Feuerwehr alarmirt und diese fand bei ihrem Eintreffen bereits das Treppenhaus völlig verqualmt vor, so daß den Bewohnern der oberen Stockwerke auf diesem Wege keine Hilfe gebracht werden konnte. Man legte daher alsbald von der Straße aus die großen Leitern an, auf denen Feuerwehrleute zu den gefährdeten Hausbewohnern, die in ihrer Angst schon auf die Feuertritter geseitert waren, emporstiegen und sie beruhigten. Die Löschmannschaften waren unterdessen energig gegen den Brandbeerd vorgegangen, als welchen man bald das Zimmer des Kommis Brandes erkannt hatte. Man drang in dasselbe ein und fand hier die Petroleumlampe zertrümmert, Möbel, Betten und Kleidungsstücke in hellen Flammen und Brandes selbst entleidet, mit nicht unbedenklichen Brandwunden an den Armen, den Knien und im Gesicht. Es gelang, den Schwerverletzten herauszuschaffen und das Feuer zu löschen. Die Samariter legten dem Kommis Nothverbände an, und er wurde dann nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft. Brandes hatte allem Anschein nach den Tod in den Flammen gesucht und zu diesem Zweck seinen Wochkorb mit Spiritus besogen und in Brand gesteckt. Das Feuer muß eine ganze Weile unbemerkt geschwelt haben, wodurch sich allein die starke Rauchentwicklung erklären läßt.

Anfall auf dem Anhalter Bahnhof. Durch den Zusammenstoß einer einzelnen Lokomotive mit einem aus mehreren leeren Lowries bestehenden Zuge ist am Sonnabend Nachmittag um sechs Uhr auf dem hiesigen Anhalter Bahnhof ein schwerer und im Hinblick auf die Veranlassung sehr bedauerlicher Unfall vorgekommen. Wie erfahren darüber die folgenden Einzelheiten: Der Rangiermeister Schädler war damit beschäftigt, unweit des genannten Bahnhofes auf dem Geleise I mehrere leere Lowries durch eine Maschine rückwärts, d. h. dem Bahnhofsgelände zu zubewegen. Gleichzeitig wollte der Maschinenführer Irnee eine einzelne Lokomotive vom Stationsgebäude nach dem dicht bei dem Bahnhofe belegenen Schuppen fahren, achtete aber dabei nicht darauf, daß die Weiche für ihn nicht stand, drückte sie mit seiner Maschine um und fuhr auf die ihm entgegen sich bewegenden Lowries auf. Hierbei wurde, abgesehen von den nicht unerheblichen Beschädigungen der Wagen, der 27jährige Rangier Witzahn, welcher Wäckerstr. 74 wohnt und auf der Bremse der letzten Lowrie saß, zwischen diese und die Maschine gedrückt, so daß er einen Bruch beider Beine und eine Quetschung der Brust davontrug. Er wurde mittelst Trog

Arbes nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft. Wirthshaus ist seit etwa zwei Jahren in dem Eisenbahn-Betriebe beschäftigt, verheiratet und Vater von zwei Kindern. Die Schuld an dem Verlorenen dürfte dem Maschinenweber Jruer beizumessen sein, da er die für ihn nicht gestellte Weiche durchführte, während er vor derselben zu halten verpflichtet war.

Ein Einbruchdiebstahl auf dem Eise. Der in der Alsterstraße wohnende 22jährige Jefeur Karl G. war am Sonnabend Nachmittag mit mehreren Freunden nach Nimmelsburg hinaus gefahren, um auf dem dortigen See Schlittschuh zu laufen. Die jungen Leute vernügelten sich bis zur einbrechenden Dunkelheit auf dem Eise und namentlich war der Jefeur auf der glatten Fläche weit hinausgedrungen. Plötzlich gerieth G. in eine sogenannte Buhne, eine von den Fischen abfichtlich aufgelassene Stelle, und versank sofort in dem eisigen Wasser; zum Glück verlor der junge Mann die Geistesgegenwart nicht, wieder auftauchend, klammerte er sich an die Eiswand und schrie aus Leibeskräften nach Hilfe. Anfänglich verhalten die Fischer des Verunglückten ungehört, bis etwa 5 Minuten später zwei junge Leute, die gerade vorbeifahren, sich der Unfallstelle näherten und den vor Kälte fast Erstarrten herauszogen und seinen kühnere gleichfalls herbeigeeilten Freunden übergaben. Die Retter verschwanden dann in der Dunkelheit, G. jedoch wurde ans Land geschafft und erhielt hier von einem ihm bekannten Einwohner Nimmelsburgs warme Kleidung. Dabei bemerkte der Gerettete, daß ihm Uhr und Kette ins Wasser gefallen sein müßten, denn nur ein Rest der Zeitungen hing noch an der Weste. Um sich nach dem ausgestandenen Schrecken zu stärken, begab sich der Jefeur mit seinen Freunden nach einer in Nimmelsburg gelegenen Destillation und trat sofort an den Schanztisch. Hier fand ein junger Mensch, der mit dem Geschäftsinhaber sprach und eine Uhr in der Hand hielt, die der Jefeur zu seinem größten Erstaunen als die seinige erkannte und dies sofort laut ankündete. Statt aller Antwort zog es der Bursche, der etwa 20 Jahre alt war, vor, mit Zurücklassung der Uhr zu verschwinden. Wie der freudestrahlende Jefeur versicherte, war der Flüchtige einer der beiden Männer gewesen, die ihn aus dem Wassergrube herausgeholt und als Retterlohn ihm den fast Bewußtlosen, gleich Uhr und Kette abgerissen und an sich genommen, um den Verthgegenstand, nach Angabe des Destillateurs, bei demselben zu verkaufen.

Schwere Jungen. Ein Einbruch wurde in der Nacht zum Sonntag im Hause Staligerstraße 187 ausgeführt. Daselbst befindet sich zur ebenen Erde das Galanteriewaaren-Geschäft von Schwarz, eine Wendeltreppe vermittelt die Verbindung mit dem Logierzwecken dienenden Kellergehöf. Als der Nachtwächter gegen drei Uhr seine Runde machte, fand er die Hausthür geöffnet, als er in das Haus eintrat, sah er in der Tür einen großen Reisestoffer, auf welchem ein Album lag. Aus dem Keller aber drangen menschliche Stimmen empor, und der Wächter ahnte sogleich, daß hier „schwere Jungen“ ihr Handwerk geübt hatten. Er nahm daher den Koffer an sich, verschloß die Hausthür und gab das Nothsignal. Mit einem herbeigeeilten Schuttmann drang er dann in den Keller ein. Aber obwohl die Beamten den Keller sorgfältig absuchten und diese Revision mit Hilfe der aus ihrem Schlaf geweckten Hausbewohner auf das ganze Haus erstreckten, war keine Spur von den Einbrechern zu finden; dieselben waren, wie später festgestellt wurde, durch den Keller des Destillateurs Kretschmer am Kolbuser Thor nach dem benachbarten Schwarzerschen Logierstube vorgezogen; auf demselben Wege hatten sie dann die Flucht ergriffen. In dem den Dieben abgegangenen Koffer befand sich eine Kollektion andererseits Eisenbein- und Goldwaaren, welche die Gauner mit Kennersichtigen zusammengestellt hatten, minderwerthige Waaren hatten sie verschmätzt. Trotzdem ist der Schaden des Besitzers bedeutend genug, da sich die Spitzbuben auch die Taschen mit Waaren im Werthe von einigen hundert Mark gefüllt und damit das Weite gesucht hatten.

Ein Akt ungläublicher Nothheit wird uns aus Pankow gemeldet: Vor einigen Tagen betrat der in Pankow wohlbelannte Brunnenmeister Dahmann das in der Verlinderstr. 131 belegene Lokal von Müller. In dem Lokal waren der Sohn des Wirths, der Amtschreiber Weidmann und ein Gärtner anwesend. Zwischen diesen Personen und Dahmann entspann sich ein kurzer Wortwechsel, in dessen Verlauf Dahmann zur Thür hinausgeworfen wurde. Nach 1 1/2 Stunden — der Vorfall trug sich Nachts gegen 12 1/2 Uhr zu — fand ein Pferdewahnsüchtiger den vor Kälte vollständig Erstarrten auf der Straße. Er veranlaßte, daß Dahmann, der kein Lebenszeichen mehr von sich gab, in das Lokal geschafft wurde. Hier legte man ihn zuerst vor dem Billard nieder, dann wurde er, nachdem man einen Polizisten herbeigerufen hatte, auf das Sopha gelegt. Der Polizist meinte zwar, daß es „morgen wohl besser sein würde“ — wie wenig er jedoch mit dieser Versicherung des Nichtigen getroffen hatte, bewies der Umstand, daß Dahmann am nächsten Tage, ohne daß er noch einmal zur Besinnung gekommen wäre, bereits eine Leiche war.

Von einer gewissen Indolenz des sonntäglichen Publikums berichtet uns ein Leser: Am Sonntag Nachmittag posirte ich die Alexanderstraße. Vor dem Hause Nr. 21 sah ich einen reinlich gekleideten Mann liegen, der sich in Krämpfen wälzte. Ich eilte hinzu, konnte aber kaum Jemand bewegen, daß er eine hilfereiche Hand leistete, um den Schwerkranken wenigstens in einen Hausflur zu bringen. Erst auf mehrfaches Zureden fanden sich einige Personen zu dem Viebedienst bereit. Ich muß hierbei bemerken, daß der Mann sich nicht beschämt hatte, daß auch die Straße bei dem trockenen Frostwetter ganz rein war. Erst nach längerer Zeit erschien ein Schuttmann, der die Ueberführung des Unglücklichen nach einer Sanitätswache veranlaßte.

Falsch kritische Tage für das Jahr 1892 vertheilen sich, wie folgt: 1. Ordnung: 28. Februar, 28. März, 28. April, 26. Mai, 6. September, 6. Oktober, 4. November, 4. Dezember. — 2. Ordnung: 12. Februar, 18. März, 12. April, 24. Juni, 22. August, 21. September, 20. Oktober. — 3. Ordnung: 14. Januar, 11. Mai, 10. Juni, 10. Juli, 29. Juli, 19. November, 19. Dezember. — Wir entnehmen diese Angaben dem bei Hartleben in Wien erschienenen „Falsch Kalender der kritischen Tage 1892.“

Polizeibericht. Am 16. d. M., Vormittags, wurde eine in einem Hotel wohnhafte 70jährige Rentiere, welche an Schwerwuth litt, in ihrem Zimmer erhängt vorgefunden. — Abends wurde ein Bahnarbeiter auf dem Potsdamer Personen-Bahnhofe in einem leeren Personenwagen erhängt vorgefunden. — Am diesfelse Zeit wurde im Hause Nostr. 24 in der 3 Treppen hoch gelegenen Wohnung des Handlungsgesellen Brandes Feuer bemerkt. Die Feuerwehr fand denselben bei ihrem Eintritt bewußtlos und mit Brandwunden bedeckt neben dem brennenden Bette liegend vor und ließ ihn nach Anlegung eines Nothverbandes nach der Charite bringen. Mehrere Einwohner des vierten Stockes waren dabei in Lebensgefahr gerathen und sahen bei Anknst der Feuerwehr bereits auf den Fensterbänken, so daß Beamte der Feuerwehr mittelst Gabelleitern zur Beruhigung derselben in die Wohnungen einsteigen mußten. — Am Nachmittage desselben Tages erlitt der Arbeiter Wirthshaus durch den Zusammenstoß eines Rangirzuges mit einer leeren Maschine einen Bruch des linken Unterschenkels. — In der Nacht zum 17. d. M. entstand an der Gasse der Döbelnstraße und Rathhausstraße eine Schlägerei, bei der ein Arbeiter und ein Abbeipolier durch Messerschläger schwer verletzt wurden, so daß sie nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußten. — Am 17. d. M. Vormittags wurde eine 74jährige Frau in der Küche ihrer Wohnung, Plantagenstr. 43, mit Brandwunden bedeckt, todt aufgefunden. Anscheinend hat sie den Ofen ihrer Wohnstube beugen wollen und haben ihre Kleider an einem dabei benutzten

Sichte Feuer gefangen. — Gegenüber dem Hause Schönhauser Allee 130 fiel Abends ein 14jähriger Knabe beim Schliddern zur Erde und brach den Vorderarm. Er wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. — Am 16. und 17. d. M., sowie am darauffolgenden Morgen fanden 12 kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Zwei Auflagen wegen Verleibigung durch die Presse wurden gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Redakteur der „Freisinnigen Zeitung“, Emil Walter, verhandelt. Im ersten Falle hatte der Kommandeur des 31. Infanterie-Regiments zu Altona den Strafantrag gestellt. Am 7. April v. J. erschien in der „Freisinnigen Zeitung“ eine Notiz, worin mitgetheilt wurde, daß sich in Hamburg Blättern eine Anzeige des dortigen antisemitischen Vereins befunden habe, worin zum Besuche einer Versammlung eingeladen wurde, in der antisemitische Ansprachen gehalten und Musikgenüsse von der Kapelle des 31. Infanterie-Regiments dargereicht werden würden. Die „Freis. Ztg.“ knüpfte hieran die Bemerkung: „Während an anderen Orten es den Militär-Kapellen verweigert wird, in politischen Versammlungen zu konzertieren, scheint in Hamburg die Judenbege mit Militärmusik begleitet zu werden.“ Wie sich herausgestellt hat, ist weder in jener Versammlung von der genannten Kapelle konzertirt, noch die Erlaubnis dazu vom Regiments-Kommandeur eingeholt worden. Der Angeklagte bestritt sich daraus, daß er jedenfalls im guten Glauben gehandelt habe. Die Anzeige habe in den Hamburger Nachrichten gestanden und zwar am Tage vor der anberaumten Versammlung, es müßte doch angenommen werden, daß damals alle Formalitäten erfüllt seien.

Im zweiten Falle sollte der Landtags-Abgeordnete Olzem der Verleibigte sein. In dem Parlamentsbericht, der sich am 14. Juni v. J. in der „Freisinnigen Zeitung“ befand, handelte es sich besonders um das zu damaliger Zeit zur Annahme gelangte Wilschadengesetz. Es wurde darauf hingewiesen, daß auch der Abgeordnete Olzem im Gegensatz zu seiner Partei für das Gesetz gestimmt. Der Abgeordnete Olzem habe sich schon mehrfach bei der Abstimmung im Widerspruche zu seiner Partei befunden und regierungsfreundlich gestimmt, der Lohn werde jedenfalls nicht ausbleiben. Herr Olzem, der im bürgerlichen Leben die Stellung eines Landgerichts-Raths bekleidet, erblickte in dieser Bemerkung den Vorwurf, als lasse er sich bei der Abstimmung von dem Wunsche nach Beförderung leiten, er beantragte deshalb die Befragung des verantwortlichen Redakteurs der „Freisinnigen Zeitung“. Der Angeklagte bestritt in diesem Falle die beabsichtigte Absicht, sowie die Verleibigung selbst. Er habe die beanstandete Bemerkung als Ironie aufgefaßt, als solle dadurch angedeutet werden, daß Herr Olzem schwerlich wieder gewählt werden würde. Die Stellung desselben im bürgerlichen Leben sei ihm gänzlich bekannt gewesen.

Der Staatsanwalt hielt eine Verleibigung in beiden Fällen für erwiesen und beantragte eine Gesamtstrafe von 1000 Mark. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Albert Träger, nahm im ersten Falle den Schutz des § 59 des Str.-G.-B. für den Angeklagten in Anspruch. Darnach solle ein solcher straffrei sein, wenn er bei Begehung einer strafbaren Handlung das Vorhandensein von Thatsumständen, welche zum gesetzlichen Thatschande gehören, nicht kannte. Im vorliegenden Falle habe der Angeklagte nur der Thatsache Erwähnung gethan, daß jene Annonce veröffentlicht sei. In dem Ausdruck „Judenbege“ sei ferner eine Verleibigung nicht zu erblicken, da dieser Ausdruck nur eine Uebersetzung des Wortes Antisemitismus sei.

Auch im zweiten Falle könne eine Verleibigung nur konstruirt werden, wenn in der betreffenden Bemerkung der Vorwurf liege, daß der Abgeordnete Olzem wider seine Uebersetzung gestimmt hätte. Dies sei aus dem Zusage aber keineswegs herauszuleiten.

Der Gerichtshof hielt beide Verleibigungen für erwiesen und erkannte wegen der ersten Falles auf 100 M., wegen des zweiten auf 300 M. Geldstrafe.

Eine umfangreiche Betrugsanfrage wurde gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I gegen den früheren Kaufmann Adolf Hödermann verhandelt. Der Angeklagte nennt sich „Konzert- und Theaterunternehmer“, hat aber geändliche bisher niemals auf diesem Gebiete etwas unternommen, was ihn zur Führung dieses Titels berechtigte. Im vorigen Jahre führte er einen großartig angelegten Schwindel aus. Er ließ durch die Zeitungen bekannt machen, daß für ein Theater-Billetaire und Kassirer gesucht würden. Es meldeten sich Leute von allen Berufsclassen. Der Angeklagte erklärte den Bewerbern, daß er vorläufig noch nicht verfahren könne, um welches Theater es sich handele, er könne nur sagen, daß es im Norden der Weidung liege und ein großartiges Unternehmen sei. Er bedürfe dazu mehrerer Biletteure und Kassirer, die ein schönes Gehalt bekommen würden. Es seien aber Vertrauensposten und die Bewerber müßten Kautions stellen. Ein Biletteur mußte 200 M., ein Kassirer dagegen, dem große Summen durch die Finger gingen, müsse 1000 M. Kautions stellen. Trotz aller durch die Presse erfolgter Warnungen vor Kautionschwindeln und trotzdem der Angeklagte, der das Unglück gehabt hat, seine Nase zu verlieren, schon seinem Aeußeren nach wenig geeignet schien; die Stellung eines Theaterdirektors zu bekleiden, haben sich vier Personen bewegen lassen, ihre Ersparnisse herzugeben gegen das Versprechen, zum Winter engagirt zu werden. Sie haben natürlich nie wieder etwas von ihrem Gelde zurückbekommen, denn das angebliche Theater existirte überhaupt nicht. In acht Fällen ist es bei einem verachteten Betrug geblieben. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten, dessen Treiben als ein im hohen Grade gemeingefährliches bezeichnet wurde, zu drei Jahren Gefängniß.

Eine aus 13 Köpfen bestehende Spitzbuben-Gesellschaft stand am Sonnabend wegen Bandendiebstahls vor der II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I, welche bei dem Umfang des Zeugenapparats ihre Sitzung nach dem kleinen Schwurgerichtssaal verlegen mußte. Die Strafsache war „Albinski und Genossen“ getauft. Sämmtliche „Genossen“ waren junge, arbeitsscheue Menschen im Alter von 20 bis zu 22 Jahren, welche von Verbrechern leben und denjenigen gut zurichten würden, der ihnen zumuthen wollte, die Hände in ehrlicher Arbeit zu rühren. Die Angeklagten hatten sich zu einer förmlichen Bande zusammengethan. Zwar fehlte es an Statuten und dem eigentlichen Oberhaupt, doch wurde eine Art von Generalversammlungen abgehalten, welche in einem Lokal des Köpniater-Bierfels stattfanden. Hier figurirten diejenigen, welche einen Diebstahl auszubaldern hatten, als vortragende Räte, hier wurde der Feldzugsplan besprochen und von hier schwärmten die Mitglieder der Genossenschaft zu Zweien oder Dreien nach allen Richtungen der Windrose aus. Es waren keine „großen“ Thaten, zu welchen sich die Bande emporshawng, es wurden vielmehr zumeist nur „kleine“ Diebstähle vollbracht und die Angeklagten waren nach keiner Richtung hin Rostorrichter und stahlen eben Alles, was ihnen in die Hände fiel: Käse, Hute, Stiefel, Kleidungsstücke, Goldsachen zc. zc. Nicht weniger als 25 solcher Diebstähle standen zur Anlage, bei welchen die Angeklagten mit großer Schlaueit zu Werke gegangen waren. Auch während der Verhandlung zeigten sich dieselben als sehr verschlagene Menschen, welche das Souffieren so dreist betreiben, daß der Vorstehende sich genöthigt sah, die Angeklagten über den ganzen Saal zu vertheilen und die Angeklagten etwas entfernt von einander zu placiren. Nach achtstündiger Verhandlung erkannte der Gerichtshof auf eine Gesamtstrafe von 34 Jahren Gefängniß, welche sich aus Einzelstrafen in Höhe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zusammensetzte.

Der seltene Fall, daß ein Gerichtshof von der Befugniß des § 501 der Strafprozeß-Ordnung Gebrauch macht und einen Denunzianten die gesammelten Kosten des Strafverfahrens auferlegt, ereignete sich gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Vor derselben stand der Ristenmacher Julius Habusch, ein in Ehren ergrauter, völlig unbestrafter Mann, welcher mit der Lugsdampfer-Fabrik Man in Geschäftverbindung stand. Er wurde von dem früheren Mitinhaber der Fabrik, Herrn Steinmey, wegen falscher Angabe einer eidesstattlichen Versicherung zur Anzeige gebracht. Als die ursprüngliche Firma in May u. Steinmey umgeändert wurde, trat der jetzige Angeklagte an Herrn Steinmey mit dem Bemerken heran, daß er an die frühere Firma noch eine Forderung habe. Er wurde dahin bedingt, daß er sich darüber keine grauen Haare wachsen lassen solle, da er, Steinmey, die Befugniß dieser Forderung in sichere Aussicht stellen könne. Als dieselbe aber nicht erfolgte, vielmehr auch die neue Firma ihre neuen Verpflichtungen nicht erfüllte, ließ der Angeklagte auf Grund der ganzen Forderung schleunigen Arrest ausbringen, wobei er die eidesstattliche Versicherung abgab, daß die Firma May und Steinmey ihm die betr. Gesamtsumme verschulde. Im Zivilprozeß wurde er zur Herausgabe des die alte Firma May betreffenden Geldes verurtheilt, da ja thatsächlich die umgeänderte Firma „May u. Steinmey“, welche er in seiner widerständlichen Versicherung benannt hatte, ihm nur einen Theil seiner Forderungen schuldet. Herr Steinmey begnügte sich aber nicht damit, sondern denunzirte den Angeklagten auch noch wegen falscher Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung. Die Beweisaufnahme fiel vermögen zu Gunsten des Angeklagten aus, daß der Gerichtshof dem letzteren freisprach und die Kosten des Verfahrens dem Denunzianten auferlegte.

Soziale Ueberblick.

Die Stuttgarter Buchdrucker nahmen am Montag die Arbeit wieder auf.

Am Wien meldet ein Telegramm des „D. B. S.“, daß eine Versammlung der dortigen Buchdrucker und Schriftsetzer den Ausschuss beauftragt hat, zur Vereinbarung eines neuen oder Beibehaltung des am 31. Dezember 1891 abgelaufenen Lohntarifs mit den Arbeitgebern zu unterhandeln und auf dem neunzehntägigen Arbeitstages zu bestehen. Die ursprüngliche Forderung des Reinstundentages ließ man fallen.

In der Glashütte und dem Kohlenstaub-Werke Charlottenburgs ist am Sonnabend sämmtlichen Arbeitern gekündigt worden. Dadurch werden 56 Glasarbeiter, ebensovielen Hilfsarbeiter und ca. 100 Arbeiter sonstiger Zweige brotlos.

74 Kinder der Halberstädter Volksschule erklärten auf Befragen, daß sie am Morgen nichts Warmes genossen zu haben. Diese Kinder werden jetzt auf städtische und private Kosten gespeist. Wie viele Tausende deutscher Kinder werden gleichfalls noch mit knurrendem Magen zur Schule gehen müssen, ohne daß sich Jemand darum kümmert, ob sie auch in der körperlichen Verfassung sind, um mit Nutzen lernen zu können!

Ueberall dasselbe. Die brotlosen Arbeiter Rom fanden eine Delegation an den Minister; letzterer ließ eine kleine Summe unter sie vertheilen. So meldet trotz der Telegraph. Wo wären für arbeitslose Arbeiter große Summen möglich?

Versammlungen.

In der öffentlichen Versammlung der Maurer und Putzer, die am Sonntag unter zahlreicher Theilnehmung im Kempalaß tagte, sollte Reichstags-Abgeordneter Ulrich über den Werth der Zentralorganisation sprechen. Derselbe war jedoch, wie der Einbrucher, Kollege Klingenberg, bekannt gab, am Erscheinen verhindert und es trat an seiner Stelle Schuhmachermeister Theodor Meiner als Referent auf. Derselbe nahm, nachdem nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten das Verhandlungsbureau Dähne, Klingenberg und Schigolski als gewählt unter Protest proklamirt worden war, das Wort zu seinem Vortrage, in welchem er die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation in überzeugender Weise darlegte und bezüglich der Frage, wie die Arbeiter sich gewerkschaftlich zu organisiren hätten, für Zentralverbände plädirte. Redner erkannte an, daß die Umgestaltung der heutigen Produktionsweise auf rein gewerkschaftlichem Gebiete nicht zu erzielen sei, hielt aber eine Trennung der Politik vom Gewerkschaftlichen und eine kraftvolle Betätigung auf beiden Gebieten für geboten. Dem weiteren Einwande gegen die Zentralverbände, daß dieselben, sobald sie zu einem Machtfaktor geworden sein sollten, von „oben“ befehligt werden würden, sprach der Vortragende die Wichtigkeit nicht ab, war aber der Ansicht, daß den Lokalorganisationen ein gleiches Schicksal bevorstehe. Aber darauf könne keine Rücksicht genommen werden. Als Beweis für die Nothwendigkeit der Zentralverbände führte der Vortragende den letzten Buchdruckerstreik an. Die Buchdrucker seien dem vereinigten Kapital unterlegen trotz ihrer gefüllten Kassen, trotzdem die Arbeiter nicht nur Deutschlands, vielmehr aller Kulturstaaten bis zu einem gewissen Grade unterstützt hätten. Und warum? Weil nicht alle der Organisation angehörten. Hätten alle deutschen Buchdrucker dem Verbands angehört, so hätten sie mit einem Schlage den Sieg errungen! Daran sei die gewaltige Macht der Zentralorganisation erkennbar. Der Buchdrucker-Streik habe den deutlichsten Fingerzeig gegeben für die Zentralverbände als notwendige Form der gewerkschaftlichen Organisation. Redner empfahl demzufolge den Zusammenschluß in zentralisirten Verbänden. (Beifall.) Die Diskussion, welche sich dem Vortrage anschloß, gestaltete sich unheimlich lebhaft. Karl Behrend betonte zunächst, daß die bestehenden Meinungsverschiedenheiten lediglich die Form der Organisation betreffen. Die Berliner Maurer ständen keineswegs auf dem Boden einer strikten Lokalorganisation, vielmehr ebenfalls auf dem Boden der Zentralisation, sie seien nur aus juristischen Gründen gegen statutarische Zentralverbände und demzufolge für eine Zentralorganisation durch das System der Vertrauensmänner. Der Buchdruckerstreik war ihm ein Beweis gegen die Zentralverbände. Der Buchdruckerverband habe trotz seines 25jährigen Bestehens nicht vermocht, alle Buchdrucker in sich aufzunehmen, dieselben politisch zu bilden. Daß die zentralisirten Lokalorganisationen weniger leicht zu „lassen“ seien als die Zentralverbände suchte Redner aus dem Monitrepotenz der Maurer zu erweisen, der mit Freisprechung der Angeklagten endete. Ganz abgesehen davon, daß Politik und Gewerkschaftliches absolut nicht von einander zu trennen sei, würde doch gegebenes Falles eine einseitige Ausbildung der Arbeiter vor sich gehen und eine politische Versumpfung eintreten. Deshalb seien die rein gewerkschaftlichen Verbände zu bekämpfen. Ferner ständen die Vereinigungen der allgemeinen Organisation der Arbeiter in Zentralverbänden entgegen. Demzufolge hielt es Redner für angemessener, Organisationen zu schaffen, welche allen Arbeitern zugänglich und wahre Kampfsorganisationen sind, die an der Lösung der sozialen Frage mitarbeiten können, und empfahl deshalb den Berliner Maurern das Festhalten an der bisherigen Organisationsform. Redner war ebenfalls der Ansicht, daß die Grenze nicht zu finden sei, wo Politik anfangt und wo sie aufhört und führte als Beispiel hierfür die „freie Volkshöhne“ an, wo die Tendenz des Vereins allein genüge, denselben zu einem politischen zu stampeln. Wenn zudem die Gewerkschaftsbewegung die Vor-

